Sonntag, 6. August 1922. **Einzelnummer 30 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 175.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt ..... 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: **4246**, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis.
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 80.—M.
Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M.
im Reklameteil 18.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Habemus Papam.

Mit diesen Worten verkündigt nach alter Sitte der erste Kardinaldiakon von der großen Loggia der Peterskirche dem harrenden Volke die erfolgte Papstwahl. In Polen brauchen wir zwar keinen besonderen Papst mehr, aber einen Ministerpräsidenten. Und wir haben ihn. Es hat lange gedauert, bis wir einen bekamen. Am 6. Juni reichte das Kabinett Ponikowski seine Entlassung ein, und am 4. August erlangte endlich Dr. Nowak die Bestätigung des Sejms in seinem Amte als Ministerpräsident. Ponikowski war Professor der Geodäsie gewesen, ehe er das Staatsamt übernahm. Seine geometrische Fähigkeit hat er bei der Abzirkelung der Wahlkreise bewiesen. Dr. Nowak war Professor der Bakteriologie. Es steht zu hoffen, wie Dr. von Behrens in der „Lodz. Fr. Presse" geistreich bemerkt, daß er den Tollwutbazillus, von dem allem Anschein nach die Nationaldemokraten und ihr Anhang befallen sind, mit Erfolg bekämpfen wird.

Die letzte Krise war ein Zeichen dieses Leidens. In unzurechnungsfähiger Verblendung wurde der ganze Staat an den Rand des Abgrundes gebracht. Was ist alles an Verleumdungsgift, an Geifer der Anfeindung und des schlecht verhehlten Hasses aus den wutschäumenden Lippen und Federn der Nationaldemokraten geflossen. In demagogischer Absicht stellte man es so hin, als hätte der Staatschef mutwillig aus einer unverständlichen mystischen Laune heraus die Krise hervorgerufen. Und was war der wirkliche Grund. Jetzt wird der Schleier hinweggezogen von der geheimnisvollen Sitzung im Belvedere vom 2. Juni. Als wahrhaft vaterlandsliebender Mann glaubte Piłsudski die Pflicht und als Staatsoberhaupt das Recht zu haben, die Minister auf die Fehler aufmerksam zu machen, die sie seiner Beobachtung nach machten. Er tat dies in ruhiger Weise, und die Minister nahmen scheinbar ebenso ruhig seine Mahnungen hin. Nur der Herr Postminister Stesłowicz, der von Piłsudski auf die vollständige Unvollkommenheit des Postwesens aufmerksam gemacht worden war, konnte sich nicht beruhigen. Er hetzte solange, bis er den übrigen Ministern eingeredet hatte, daß die sorgenvolle Kritik des Staatsoberhauptes eine Beleidigung für sie sei und daß sie ihre Entlassung einreichen müßten. Merkwürdig, daß derselbe Minister Stesłowicz auch im gegenwärtigen Kabinett wieder als Beherrscher der Post figuriert, nachdem er durch seine persönliche Eitelkeit den rechtsstehenden Parteien Gelegenheit gab, den Staat an den Rand des Verderbens zu bringen. Eine bewunderungswürdige Standhaftigkeit gehörte seitens des Staatschefs dazu, zu schweigen und mit der Ruhe des guten Gewissens der unerhörten Hetze gegenüber zu stehen. Kein Wunder, daß ihn manchmal der Zorn packte. Als während der Krise einige Abgeordnete ihn interpellierten, äußerte Piłsudski: „Wenn dieser Zustand noch länger dauert, werfe ich die Uniform von mir und verzichte auf die Würde des Staatschefs. Ich erlasse ein Manifest an das Volk und gehe auf die Straße. Sie sind der Ansicht, daß nur Sie allein zur Straße sprechen können, doch wenn einmal gründliche Mittel zur Reinigung der Atmosphäre nötig sein werden, dann werde ich nicht zögern." Trotz aller Bewunderung für die Charakterfestigkeit Piłsudskis möchte man doch wünschen, daß die Wahrheit schon früher bekannt geworden wäre. In welcher Gefahr schwebte doch Demokratie, Freiheit, Ordnung und Recht, als die nationaldemokratischen Kämpen den „großen Patrioten" und mutmaßlichen Doppelspion auf ihr Schild erhoben hatten und ihn im Triumphe auf den Sessel des Ministerpräsidenten niedersetzen wollten!

Ein großer Mann läßt sich seinen Mißerfolg nicht verdrießen. In einem Aufruf erklärt Korfanty, daß sein Kabinett (obwohl es überhaupt nicht regiert hat) doch als eine der besten Regierungen, die Polen bisher gehabt habe, anerkannt worden sei. Über derartige selbstverliehene Vorschußlorbeeren kann man wirklich nur lächeln. Herr Korfanty erklärt, daß der begonnene Kampf um das Recht noch nicht beendet sei. Bei den kommenden Sejmwahlen werde über ihn das ganze Volk entscheiden. Daran zweifeln auch wir nicht, doch wird die Entscheidung wohl in einem anderen Sinne ausfallen, als sichs die Anhänger Korfantys wünschen. Der Weihrauch, den der „Kur. Pozn.", „der sich vor ihm so tief verbeugt wie ein Kosak" und andere Blätter Herrn Korfanty streuen, wird die gesunden Sinne des Volkes nicht umnebeln. Jetzt bestrebt man sich, noch eine neue Gloriole um sein Haupt zu weben. Nämlich die eines großen Deutschenhassers. Man zitiert die „Münchener Neuesten Nachrichten", um diese Seite der wechselvollen Persönlichkeit Korfantys in den Vordergrund zu stellen. Wir sind der Ansicht, daß die „Münchener Neuesten Nachrichten" übertreiben und daß bei Korfanty zwar auch ein genügendes Quantum Deutschenhaß vorhanden ist, aber noch weit mehr Ruhmsucht und Profitgier. Für die gegenwärtige Regierung wäre übrigens ein besonders wütender Deutschenhaß eine zwecklose und schädliche Belastung. Wir leben augenblicklich in der Zeit der deutsch-polnischen Verhandlungen, bei denen der Deutschenhaß die Interessen Polens nicht im geringsten fördern kann.

Wir Deutschen haben auch nicht deshalb gegen Korfanty Stellung genommen, weil wir uns vor seinem Haß fürchteten. Wir glauben nicht einmal, daß er schlimmere Maßnahmen gegen die deutschen Bürger Polens ergriffen hätte, als sie schon ergriffen worden sind. Wir haben ihn einzig und allein deswegen abgelehnt, weil er nicht die moralischen und Charakterqualitäten hat, die der Ministerpräsident eines Staates mit westlicher Kultur haben muß.

Solche Qualitäten besitzt aber entschieden Dr. Nowak, der neue Ministerpräsident Polens. Seine Programmrede zeichnet sich durch maßvolle, freilich sich im allgemeinen auf bloße Andeutungen beschränkende Ausdrucksweise aus. Über die nationalen Minderheiten hat er sich nur kurz ausgesprochen, wenn anders die polnische Berichterstattung nicht hier bei diesem sie sehr wenig interessierenden Abschnitt gekürzt hat. Dr. Nowak sagt, daß er einerseits fest und unnachgiebig verlangen wird, daß jeder Bürger ohne Vorbehalt auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit steht, daß aber anderseits jeder Bürger des polnischen Staates sich in ihm national und kulturell zuhause fühlen soll. Die Verfassung sichere den nationalen Minderheiten diese Möglichkeit.

Wir können uns hiermit nicht zufrieden geben. Gewiß sichert die Verfassung uns alles mögliche, und wir haben dies schon oft anerkannt. Was nützt es aber, wenn die schönsten Sachen in der Verfassung auf dem Papier stehen und die Wirklichkeit, die Praxis, diesen schönen Worten der Verfassung ins Angesicht schlägt, wenn trotz der Versprechungen der Regierung und der Verfassung die deutsche Sprache verpönt wird, wenn trotz vom Gericht abgewiesener Räumungsklage die Ansiedler von den Landkommissaren vertrieben und jetzt vor der Ernte der Früchte ihres Fleißes beraubt werden.

Wir gestatten uns ein frisches Beispiel hierfür mitzuteilen: **Im April d. Js. ist gegen den Ansiedler Gustav Jesse in Brodziszewo Klage wegen Räumung seiner Ansiedlung erhoben worden. Die Klage ist am 16. Juni vom Sąd Okręgowy abgewiesen worden. Trotzdem ist dem Jesse die Ansiedlung am 29. Juli durch den Landkommissar Zybichowski abgenommen und der neue Erwerber der Ansiedlung in diese eingeführt worden.**

Was nützen also alle schönen Versprechungen, wenn die Tatsachen sie Lügen strafen? Der Herr Minister hätte hinzufügen müssen: und wir wollen bei den unteren Behörden Achtung vor der Verfassung und den guten Absichten der Regierung **erzwingen.** Aber das bleibt weg. Dann käme ja am Ende Dr. Nowak in den Ruf eines Deutschenfreundes und das wäre verderblich! Zwar haben die Deutschen für ihn gestimmt, aber was machts? Dr. Nowak bricht eine Lanze für die staatliche Verwaltung. Er hebt die Schwierigkeiten hervor, unter denen sie geschaffen wurde und meint, man habe keine Ursache zum Pessimismus. Dr. Nowak gewiß nicht, aber wir Deutschen haben Anlaß zum Pessimismus, wenn wir uns einen solchen Fall, wie den eben angeführten, in seiner ganzen Schwere und Härte für den armen Vertriebenen klar machen.

Achtung vor den verbrieften Menschenrechten der nationalen Minderheit müßte jede, auch die unvollkommenste Verwaltung besitzen!!

Wir hoffen und verlangen, daß endlich einmal die Bestimmungen des Völkerbundes und der polnischen Regierung von den Herren Landkommissaren geachtet und ausgeführt werden, daß insbesondere die jetzt absichtlich unmittelbar vor der Ernte vertriebenen Ansiedler wieder eingesetzt werden. Dann, aber auch nur dann, werden wir wirklich Vertrauen zu der Regierung Dr. Nowaks haben.

Deutschland und Polen.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Warschau, 5. August. Gestern fand unter dem Vorsitz des Ministers K. Olszowski eine Sitzung der polnischen Delegation in Sachen des politischen Handelsvertrages zwischen Polen und Deutschland statt, in der die Teilung der polnischen Mitglieder der Delegation in einzelne Ausschüsse und Unterausschüsse durchgeführt wurde. Von diesen Kommissionen gibt es eine größere Anzahl, unter anderem einen Wirtschaftsausschuß, einen Rechtsausschuß, einen Verrechnungsausschuß, einen Gläubigerausschuß und einen Sonderausschuß für die Kriesnoten und andere.

Schädigung des Viehhandels durch Deutschlands Valutaniedergang.

Warschau, 5. August. Infolge des Niedergangs der deutschen Mark kehren zahlreiche Transporte von Kleinvieh, die zur Ausfuhr nach dem Auslande bestimmt sind, von der Grenze nach Warschau zurück.

Der preußische Handelsminister in Kattowitz.

Kattowitz, 5. August. Am Donnerstag weilte in Gleiwitz der preußische Minister für Industrie und Handel Siering, der eine Programmkonferenz mit den Vertretern der Regierungsbehörden und den Industriellen zwecks Informierung über den Stand der Industrie im deutschen Oberschlesien abhielt. In der Konferenz waren 70 Personen vertreten. Der Minister bemerkte, daß die preußische Regierung gegen 70 Millionen Mark zur Gründung neuer Berufsschulen an den Orten anwies, die sich gegenwärtig im polnischen Teil Oberschlesiens befinden. Der Minister versprach weitgehende Hilfe der preußischen Regierung für den Bau neuer Eisenbahnlinien und Bahnhöfe, forderte aber eine Hebung der Produktion im Bergbau und Hüttenwesen

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich.

Deutschland will fest bleiben.

Berlin, 3. August. Die Reichsregierung bereitet, wie wir hören, eine Antwort auf die Note des französischen Ministerpräsidenten vom 1. August vor, in der neuerlich die Erklärung der deutschen Regierung bis zum 5. August verlangt wurde, daß Deutschland die monatliche Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund Sterling im Ausgleichsverfahren zahlen werde, und Zwangsmaßnahmen für den Fall angekündigt wurden, daß diese Erklärung ausbleiben sollte. Die deutsche Regierung wird im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien des Reichstages dem französischen Ministerpräsidenten im selben Sinne antworten, wie am 28. Juli, daß es ihr unmöglich sei, diese Ausgleichsraten aufzubringen. Sie wird sich aber gleichzeitig bereit erklären, Vorschläge der alliierten Mächte, die eine andere, für Deutschland mögliche Art der Regelung der Ausgleichszahlungen vorsehen, sorgfältig zu erwägen. Die deutsche Note dürfte morgen nach Paris gehen.

Kabinettsrat in Paris und London.

Paris, 3. August. Die Beschlüsse des Ministerrates, der heute vormittag unter Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysé stattfand, werden streng geheim gehalten. Der amtliche Bericht sagt darüber nur folgendes: Ministerpräsident Poincaré hat seine Kollegen über die schwebenden auswärtigen Fragen und besonds über den Stand des Reparationsprogramms und die Frage der interalliierten Schulden unterrichtet. Der Ministerrat hat die Beschlüsse bestätigt, die er früher einstimmig gefaßt hat und die er der englischen Regierung in den bevorstehenden Londoner Verhandlungen vorlegen wird.

Poincaré hatte vor dem Ministerrat eine lange Unterredung mit Dubois, dem Vorsitzenden der Reparationskommission.

An zuständiger französischer amtlicher Stelle wurde mir heute abend erklärt, alle bisherigen Pressemeldungen über angebliche Pläne der französischen Regierung beruhten nur auf Kombinationen und entbehren jeglichen authentischen Charakters. Das gleiche gilt für die Angaben über das angebliche Programm der „Retorsionsmaßnahmen", die gegen Deutschland zur Anwendung kommen sollen, falls am Sonnabend mittag nicht eine befriedigende Antwort der Reichsregierung vorliegt. Frankreich wird seinen Retorsionsplan bis zur Londoner Zusammenkunft geheim halten.

London, 3. August. Unter Lloyd Georges Vorsitz fand heute ein wichtiger Kabinettsrat statt, in dem die Reparationsfrage erörtert wurde. Nachdem die amerikanischen Kritiken an Balfours Note eingehend besprochen worden waren, kam Lloyd George zu der Schlußfolgerung, daß ernste Mißverständnisse bei ihrer Auslegung unterlaufen wären, die er heute im Unterhaus aufklären werde.

Poincaré wird Sonntag nacht in London eintreffen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, daß die Verhandlungen am Montag in Downing Street beginnen können. Bis jetzt ist nur vorgesehen, daß Chamberlain an den Unterhaltungen teilnimmt, doch gilt es als möglich, daß Lloyd George auch Balfour zur Teilnahme auffordern wird. Belgien und Italien werden vertreten sein. Es ist möglich, daß auch der japanische Botschafter an den Verhandlungen teilnehmen wird.

Frankreich trägt die Schuld.

London, 2. August. „Evening Standard" schreibt: Der neue alarmierende Sturz der deutschen Mark in London auf 3450 Mark für ein Pfund Sterling ist eine Folge der französischen Androhung von Zwangsmaßnahmen. Später erreichte die Mark einen weiteren Tiefstand von 3550.

Wien, 2. August. Angesichts der neuen Drohungen gegen Deutschland fragt die „Neue Freie Presse": Was wollen die Franzosen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder man erdrosselt und vernichtet Deutschland, dann stehen wir vor der europäischen Katastrophe. Für diesen Weg sind die Drohungen und Sanktionen sichere und richtige Mittel; aber Geld wird auf diese Weise ebenso sicher nicht zu erlangen sein. Will man jedoch Geld, dann muß Deutschland geschont werden und dann ist das neueste französische Ultimatum ein verhängnisvoller Fehler. Schon sieht man die Wirkung der Poincaré-Note, den neuen Kursrückgang der Mark, was gleichzeitig ein schwerer Schlag für Frankreich ist, das seine Hoffnungen auf die deutschen Reparationen immer mehr dahinschwinden sieht.

Ungeheure Preissteigerung in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Auf der Börse herrschte infolge des Rückganges der österreichischen Krone eine Valuta- und Effektenhausse, die die Kurse, namentlich für valutarische Papiere, ungeheuerlich in die Höhe trieb. Infolgedessen sind wieder die Preise für Lebensmittel ungeheuer in die Höhe gegangen. So kostet z. B. ein Kilo Butter 8000 Kronen, ein Kilo Schweinefett 16 000 Kronen, ein Kilo Kartoffeln 1500 Kronen.

Bezeichnend für die Stimmung an der Börse ist die Tatsache, daß mit Rücksicht darauf, daß eine große Nachfrage nach Länderanleihen von Kärnten, Salzburg, Steiermark und Tirol vorhanden war, dieses mit abenteuerlichen Losreißungsplänen der betreffenden Länder im Zusammenhang gebracht wurde, was natürlich unzutreffend ist.

Die Ausländer stürzen sich auf Berlin.

Berlin, 3. August. Eine Rekordziffer des Ausländerverkehrs weist die amtliche Statistik des Berliner Fremdenverkehrs für den abgelaufenen Juli nach. An erster Stelle stehen dieses Mal von den 32 400 Ausländern, d. h. 25 v. H. der anwesenden Fremden in Berlin, die Amerikaner mit 3964 Gästen. Es folgen die Schweden mit 3945, die Dänen mit 3457 und dann die anderen Nationen bis auf die Türken mit 176 Gästen. Die Anziehung der gesunkenen Markwährung tritt darin zutage, daß namentlich in der zweiten Hälfte des Juli der Ausländerzustrom sich steigerte.

Die Bedeutung der Londoner Konferenz.

London, 3. August. In offiziellen Kreisen verlautet, daß die Unterhaltung zwischen Lloyd George und Poincaré Montag sofort nach Ankunft des französischen Ministerpräsidenten beginnen wird. Diese Konferenz wird in amtlichen Kreisen als Vorspiel für wichtige Verhandlungen angesehen, in denen das Bankierkomitee wieder eine Rolle spielen wird. Außerdem glaubt man, daß die spätere Konferenz aller Voraussicht nach den Weg ebnen werde, um eine große internationale Konferenz einzuberufen, zu der Amerika ebenfalls eingeladen wird oder aber bei welcher Gelegenheit Amerika gebeten wird, die Konferenz nach Washington selbst einzuberufen.

England vergrößert seine Luftflotte.

Im Unterhause sagte Lloyd George in Beantwortung einer Anfrage, auf Grund einer von Reichsverteidigungsausschuß vorgenommenen Untersuchung habe die Regierung beschlossen, einen vom Luft-

fahrtsministerium vorgelegten Plan zu billigen, wonach eine Verteidigungsflotte von 500 Flugzeugen aufgestellt werden solle. Die Kosten würden 2 Millionen Sterling betragen. Große Bestellungen würden zwecks Ausführung dieses Planes in diesem Jahre an private Firmen vergeben werden. Diese Beschlüsse würden einer ferneren Vergrößerung der Luftstreitkräfte nicht vorgreifen, falls die nationale Sicherheit eine solche fordern sollte. Diese Frage werde nächstes Jahr im Lichte der Finanzlage und der Luftfahrtpolitik anderer Mächte geprüft werden. Wedgewood fragt: **Ist diese riesige Erhöhung unserer Ausgaben für die Luftflotte auf die ungewöhnliche Entwickelnng des Flugdienstes in Frankreich zurückzuführen?** Lloyd George erwiderte: **Wir haben alle Umstände in Rechnung zu ziehen.**

Amerika will die Schulden nicht erlassen.

London, 2. August. Eine „Exchange"-Meldung aus Washington besagt: Die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annullierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfen würde. Senator Mac Cumberg, der Vorsitzende des Finanzausschusses, sagte, Großbritannien ist im Gegensatz zu seinen Schuldnern vollständig zahlungsfähig. Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volk gebilligt werden.

Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses, erklärt, kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuß des Senats in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.

Reparationsdebatte im englischen Unterhaus.

Lloyd Georges Programm unklar.

London, 3. August. Die Reparationsdebatte wurde im Unterhause durch Schatzkanzler Sir Robert Horne eröffnet, der ausführte, es werde vielleicht irrtümlich angenommen, daß der Versailler Vertrag endgültig die deutschen Schulden festsetze. In Wirklichkeit aber sei die Reparationskommission eingerichtet worden, die die Aufgabe habe, von Zeit zu Zeit je nach den Umständen den Betrag der deutschen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Zahlungsmöglichkeiten festzusetzen. Obgleich er nicht in der Lage sei, dem Hause mitteilen zu können, welche Vorkehrungen mit bezug auf die nächste fällige Zahlung vom 15. August getroffen worden seien, so könne er doch sagen, daß die neuen Steuern, die Deutschland einführen sollte, tatsächlich eingeführt seien. Die deutsche Regierung habe die meisten der Maßnahmen durchgeführt, die die Reparationskommission ihr auferlegt habe.

Bis jetzt habe Deutschland an Reparationen in Bar und Sachleistungen 415 Millionen Pfund bezahlt. Hiervon habe England 46 Millionen Pfund erhalten, die allerdings fast völlig für die Besatzungskosten aufgegangen seien. Nach einer genauen Prüfung der Umstände sei man zu der Überzeugung gekommen, daß Deutschland recht beträchtliche Summen für Reparationen zahlen könne. Aber es sei klar, daß es jetzt eine Atempause verlange, um in eine Lage zu kommen, die ihm gestatte, das zu zahlen, was Sir Robert Horne glaubt, daß es wirklich zahlen kann.

Asquith, der nach dem Schatzkanzler das Wort ergriff, führte aus, man befinde sich jetzt in einer neuen Reparationskrise, die in gewissen Punkten außerordentlich ernst sei. Wenn nicht sofort etwas geschehe, gehe Deutschland dem unvermeidlichen Bankerott entgegen. Asquith erklärte ferner, es sei notwendig, die Reparationszahlungen auf eine wirklich mögliche Summe zu reduzieren. Mit Bezug auf die interalliierten Schulden führte er aus, er sei froh, zu hören, daß der französische Premierminister nach London kommen werde, um die Frage mit Lloyd George zu besprechen, da eine Lösung nur durch eine gegenseitige Verständigung erzielt werden könne, bei der sowohl den Interessen Frankreichs als auch denen Englands völlig Rechnung getragen werde.

Lloyd George führte in seiner Rede aus, Asquith habe in seiner Rede vergessen, die englischen Steuerzahler in Betracht zu ziehen. Asquith habe gesagt, er befürworte einen reinen Tisch; das habe auch Balfour in seiner Note gesagt. Eine der Realitäten der Verhandlungen sei, daß es nicht eine Angelegenheit von Verhandlungen zwischen England und Frankreich, sondern zwischen den vier Verbündeten, Frankreich, Italien, Belgien und England, selbst sei. Das Beste sei, die Gesichtspunkte aller dieser Staaten möglichst in Einklang zu bringen und die Vorschläge in Übereinstimmung mit diesen Gesichtspunkten auszuarbeiten. Es sei unmöglich, den Betrag des Schadens festzusetzen, ohne eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festzustellen, wenn der Verfalltermin herankomme. Wenn die Beträge der Reparationen zu dieser Zeit festgesetzt seien, würde der Deutschland aufzuerlegende Betrag etwa das Doppelte von dem sein, was er heute darstellt. Würde das das System sein, fragte der Premierminister, um einen Bankerott zu verhindern?

Er gäbe allerdings zu bedenken, daß, wenn Deutschland allzu sehr bedrückt würde, überhaupt nichts erreicht werde. Man könne Deutschland zur Verzweiflung treiben, so daß es sich den Reaktionären in die Arme werfen könnte. In einem solchen Falle könnte man auf keine Reparationen mehr rechnen. Es gäbe dann wahrscheinlich Unruhen, aber keine Zahlungen.

Es sei ein Segen für Europa gewesen, daß der erste Ausbruch des Kommunismus in Rußland erfolgte. Die Revolution in Deutschland würde eine wahre Gefahr für die ganze Welt bedeuten. Aber wenn man auch diese Umstände berücksichtigen müsse, dürfe man doch nicht auf gerechte und angebrachte Forderungen verzichten. Die Verbündeten verlangten nicht die Gesamtkosten. Kein Land der Welt könne diese Kosten bezahlen. Deutschland leide unter der Depression des Welthandels, und daher sei es nicht Zeit, seine ganze Zahlungsfähigkeit einzuschätzen. Entweder früher oder später werde sich die deutsche Mark wieder erholen. Alles sei zu verlieren, wenn man Deutschland bis zum äußersten treiben würde.

England müsse am Montag jedem Vorschlage widerstehen, der nur die Wirkung haben sollte, die Krise in Europa zu vergrößern, ohne etwas für England sichern zu können. Lloyd George lehnt es ab, daß England an der Konferenz teilnimmt, wenn jedermann die Ansicht vertrete, die Frage müßte auf Kosten Englands gelöst werden. England würde zu der Konferenz gehen, aber alle Vorschläge müßten derart gemacht werden, daß sie auf alle Interessenten Rücksicht nehmen. Das müsse im Interesse aller geschehen. Er sei nicht der Ansicht, daß man alle diese Fragen in einer Sitzung am kommenden Montag beilegen werde. Es gebe zu viel Schwierigkeiten und Komplikationen. Er hoffe, daß alle zusammen marschieren werden. Man müsse allen vernünftigen Forderungen des verwüsteten Frankreichs nach Möglichkeit entgegenkommen. England sei das letzte Land, dem man Mangel an Sympathie für Frankreich oder Italien vorwerfen könne. Aber, so fragte der Premierminister, darf England zusehen, daß jedermann bezahlt wird, mit Ausnahme des eigenen Volkes? Deutschland muß man entgegenkommen und Frankreich muß man Gerechtigkeit erweisen, und Gerechtigkeit bedeutet auch Gerechtigkeit gegen das eigene Volk.

Die bayrische Krise.

Ein Rückzug Bayerns?

München, 2. August. In hiesigen politischen Kreisen wird behauptet, daß innerhalb des Kabinetts die Absicht bestehe, die Differenzen mit der Reichsregierung in einer Form beizulegen, die es der Regierung Lerchenfeld möglich macht, einen Rückzug ohne Prestigeverluste anzutreten. Es heißt in gut unterrichteten Kreisen, daß Graf Lerchenfeld an die Reichsregierung das Ersuchen richten werde, ein Reichsgesetz zu schaffen, das den § 78 der früheren Reichsverfassung wieder in Kraft setzt. Falls ein solches Reichsgesetz geschaffen werde, würden die bayrische Regierung und der bayrische Landtag gegen ein Inkrafttreten der Reichsschutzgesetze in Bayern nichts mehr einzuwenden haben.

Die süddeutschen Staaten reichstreu.

Frankfurt, 2. August. Die Reise des badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel nach München ist eine Folge der Besprechung der Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen und in deren Auftrage ausgeführt. Dr. Hummel hat den bayrischen Ministerpräsidenten auf die Tatsache verwiesen, daß die anderen süddeutschen Staaten mit allen ihren Kräften und ihrem politischen Einfluß die Reichsregierung unterstützen werden.

Der Wortlaut der bayerischen Antwort.

Berlin, 3. August. Der bayerische Gesandte v. Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten die Antwortnote der bayerischen Regierung übergeben. Sie lautet in ihren wesentlichen Abschnitten:

Auch die bayerische Regierung erblickt in der Ausschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehrt, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz der Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des deutschen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Nord und Süd wie aus der Pfalz ihren Ausdruck findet. Sollte die Verordnung schlechthin beseitigt, sei es durch irgend eine unbefriedigende, den Keim neuer Verwickelungen bergende Verordnung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung, auch vom Standpunkt des Reichswohles, die Verantwortung nicht übernehmen könnte.

Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit. Sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzeln künftiger Konflikte zu beseitigen, um damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Befürchtung geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr verehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Vorschriften, die eine dauernde Bürgschaft dafür böten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden sollten.

Zum Schluß darf ich der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart gebieterisch dazu führen sollte, das gesamte deutsche Volk in seinen einzelnen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

gez. Graf Hugo Lerchenfeld.

*

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Wie wir hören, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der vom Reichspräsidenten im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eingeladen wurde, nach Berlin zu kommen, um in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten, am Sonnabend in Berlin eintrffen.

Der Reichskanzler hat die Reichsminister Geßler und Fehr, die zurzeit ihren Urlaub in ihrer bayerischen Heimat verbringen, gebeten, an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen. Vor ihrer Reise nach Berlin werden die beiden Reichsminister Gelegenheit nehmen, den Grafen Lerchenfeld in München zu besuchen.

Aus Deutschland.

Das Verbot des „Berliner Lokalanzeigers" aufgehoben.

Berlin, 3. August. Der „Berliner Lokalanzeiger", der bekanntlich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten war, dürfte am Sonntag früh wieder erscheinen, da nach den stattgefundenen Verhandlungen zwischen der Redaktion und dem preußischen Minister des Innern, Severing, das Verbot als hinfällig betrachtet werden kann. Die Verhandlungen, die augenblicklich noch schweben, sin lediglich formaler Natur.

Aus Oberschlesien.

Die Umgestaltung der Wirtschaft.

Die „Kattowitzer Zeitung" erhält folgende Zuschrift:

Die Errichtung der Zollschranken im ehemaligen Abstimmungsgebiet zwischen Deutschland und Polen, ihr Fallen zwischen den Gebieten der nunmehrigen Wojewodschaft Schlesien und dem übrigen Polen haben einschneidende Wirkungen auf das Wirtschaftsleben der Wojewodschaft hervorgerufen. Die Ereignisse der letzten Tage beseitigen die wirtschaftliche und politischen Zusammenhänge unserer Wojewodschaft mit Deutschland in ihren Elementen und zwingen das Wirtschaftsleben der Wojewodschaft zu einer Neuorientierung, zu einer Anpassung an das übrige Polen. Polen kenne andere Lebensbedingungen, zum Teil auch andere Grundsätze, mit denen es sein Wirtschaftsleben regelt. Eine Umstellung des Wirtschaftslebens der Wojewodschaft in vielen seiner Bestandteile auf das des übrigen Polens ist deshalb notwendig. Je eher dies gelingt, um so eher werden die wirtschaftlichen Krisen, unter denen die Wojewodschaft zurzeit in mancher Hinsicht leidet, überwunden verden. Daß diese Krisen vorhanden sind, beweist insbesondere die Preisbildung auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produkte. Breslauer Notizen werden mit mehr oder minder Recht als nicht mehr verbindlich erklärt. Denn in Polen ist in zahlreichen Gegenden Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten, die Wojewodschaft Schlesien dagegen in ausgesprochenem Maße Bedarfsgebiet. Nach dem Fall der Zollschranken ist ein Zufluß aus diesen Gegenden daher nach hier naturgemäß, ebenso ein Einfluß der Produktenpreise Großpolens auf die Erzeugerpreise der Wojewodschaft. Unbekannt sind zum Teil jedoch noch die Unterlagen, die für die Bildung der für

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von **Erich Ebenstein.**

(61. Fortsetzung.)

„Eines verstehe ich nicht. Welches Motiv leitete Dr. Richter? Wie wußte er um Eislers Geheimnis? Warum wollte er verhindern, daß Eisler die Wahrheit erfuhr?"

„Du wirst alles sogleich verstehen, wenn ich Dir sage: Dr. Richter heißt in Wirklichkeit Felix von Lavandal und ist ein Neffe des alten Senkenberg, den er beerben will. Durch einen Bedienten namens Viktor, der als Herr von Lavandal während der Zeit, da sein Herr als „Dr. Richter" manövrierte, herumreiste, schuf er sich ein Alibi. Der Bediente, der gegenwärtig in seiner Heimat privatisierte, glaubte natürlich nur an eine galante Idylle und kennt die wahre Natur seines Herrn nicht. Den ganzen Plan aber erdachte Lavandals schurkischer Oheim — Eberhard von Lavandal, der seinerzeit Frau von Senkenberg auf ihrer Flucht begleitete!"

„Aber Du sagtest doch, das Schiff ging unter und unter den paar geretteten Passagieren sei —"

„Der Name Lavandal nicht genannt, ganz richtig! Aber das ist sehr erklärlich, wenn man an die gefälschten Wechsel denkt, die er in der Heimat zurückließ. Nach dem Tode Frau von Senkenbergs hätte deren Gatte wohl keine Rücksicht mehr genommen.

Die geretteten Passagiere wurden damals, wie ich erfuhr, von einem Dampfer aufgenommen, der nach Valparaiso ging. Lavandal, dem dies Verschwinden sehr paßte, gab sich offenbar für einen der andern verunglückten Passagiere aus und versuchte in Argentinien sein Glück. Als er es nicht fand, kehrte er endlich in die Heimat zurück — wahrscheinlich mit dem fertigen Plan. Senkenberg sich zu nähern, durfte er nicht wagen.

Aber da war der Sohn seines Bruders — ein Mensch, der schuldenhalber quittieren mußte und seither nur von der bescheidenen Apanage lebte, die der alte Senkenberg ihm auszahlen ließ. Glaubst Du, daß es schwer war, diesen jungen Mann für die Idee zu entflammen, Besitzer der reichen Herrschaft Senkenberg zu werden?"

„Gewiß nicht!"

„Also! Niemand wußte so gut, wie der alte Lavandal, wo und unter welchen Umständen der kleine Felix geblieben war. Er mußte zuerst unschädlich gemacht werden. Das Weitere entwickelte sich dann von selbst. Gegenwärtig ist der junge Lavandal Gast auf Senkenberg, und ich zweifle nicht, daß, wenn er Zeit hat, es ihm gelingen wird, die Gunst seines Onkels zu erlangen. Gelingt es nicht, dann macht er ihm auf irgendeine Weise rasch den Garaus — er ist der älteste für das Gesetz, also der allein erbberechtigte Neffe."

„Aber Mensch, wie hast Du denn nur all das herausgebracht? Mir schwindelt der Kopf beim Zuhören!" sagte Wasmut.

„Durch die Ohrringe. Es war ein glücklicher Zufall. Ich hielt die einzelnen Tatsachen in der Hand, wie die Teile eines Vexierspieles, mit dem man nichts anfangen kann, wenn man den Schlüssel nicht hat zu ihrer Verbindung. Die Ohrringe waren dieser Schlüssel. Frau von Senkenberg trug sie, als sie Senkenberg verließ. Sie pflegte sie — wie Du in Trines und der Bardolf Aussage lesen kannst — nie abzulegen.

Nachdem sie die Eislersche Wohnung verlassen hatte, fand die Kammerfrau die Ohrgehänge am Waschtisch liegen. Offenbar hatte sie sie, ganz benommen von ihren Fluchtplänen, an jenem Morgen zum erstenmal vergessen, nach dem Waschen wieder anzulegen.

Frau Eisler gab sie in Gegenwart der Kammerfrau in ein gleichfalls von der „Flora Miller" zurückgelassenes Schächtelchen und sagte: „Bis sie wiederkommt, sind sie Eigentum des Kleinen. Ich will sie mit seinen Sachen verwahren."

„Zu den Ohrgehängen gehörten auch Brosche und Kollier, die ich zufällig beim alten Senkenberg zu Gesicht bekam und im Anschluß daran von Peter Mark die Geschichte der Flucht erfuhr. Erst da begriff ich den Zusammenhang. Bis dahin folgte ich rein blind der Spur, die mein Instinkt mir wies, obwohl die Vernunft sich öfter dagegen auflehnte, weil sie keine logische Verbindung zwischen den Tatsachen sehen konnte."

Der Untersuchungsrichter atmete tief auf.

„Es ist wunderbar," murmelte er. „Eisler, der Sohn eines der reichsten Großgrundbesitzer — er, der oft kaum trockenes Brot genug zu essen hatte!"

„Ich hoffe, Du zweifelst nicht mehr an der Tatsache?"

„Nein. Die Beweise, die Du mir gegeben hast, sind vollkommen überzeugend. Sie erklären alles, was bisher unbegreiflich wirkte."

„Den schlagendsten Beweis bildet übrigens eine ganz merkwürdige Ähnlichkeit: der Kopf und die Gesichtsbildung Senkenbergs und Eislers. Es fiel mir im ersten Augenblick auf, als ich den Alten sah, wenn ich auch nicht gleich wußte, was mir so bekannt an ihm war. Als ich die Gegenstücke zu den Ohrgehängen in Händen hielt, wußte ich es sofort: Eisler! Peter Marks Erzählung gab mir den Beweis. Niemand, der die beiden nebeneinander sieht, wird zweifeln, daß sie Vater und Sohn sind."

„Was soll nun zuerst geschehen? Soll ich Lavandals Verhaftung veranlassen?"

„Nein. Wir haben dazu zu wenig Beweise. Die Glaser hat ihn nicht als Richter wiedererkannt. Mit der Moser hier würde es vielleicht ähnlich gehen, und wir wären die Blamierten. Ich habe eine andere Idee."

„Welche?"

„Ich möchte ihn überrumpeln! Du gibst mir Eisler und die Ohrgehänge mit, und ich mache zunächst den alten Herrn von Senkenberg mit allem bekannt — — — womöglich in Gegenwart Lavandals. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn er sich dabei nicht eine Blöße geben würde!"

„Das scheint mir denn doch sehr fraglich! Hartgesotten und raffiniert, wie er offenbar ist — — er wird sich einfach aus dem Staube machen, wenn er Eisler erblickt." (Forts. f.)

die Wojewodschaft angemessenen Preise maßgebend sind. Die Klärung der Verhältnisse ist somit notwendig. Die Mittel einer derartigen Klärung ist seit dem Bestehen eines Wirtschaftslebens der Markt und in seiner abstrakten Form die Börse, auf der eine unbeschränkte Zahl von Angeboten und Nachfragen die Möglichkeit eines Rückschlusses auf die jedesmal angemessenen, das heißt aus Angebot und Nachfrage resultierenden Preise gewähren. Der legale Handel und der Erzeuger sind hieran in gleicher Weise interessiert. Beide benötigen diese Klärung für ihre eigenen Schlüsse für die Verwertung ihrer Sachgüter nicht minder, um der Verwaltung unserer Wojewodschaft das objektive, der Sachlage entsprechende Preisbild, die Möglichkeit des Kennenlernens der besonderen Konjunkturverhältnisse unseres Wirtschaftsgebietes zu ermöglichen.

In diesem Bestreben haben sich Landwirtschaft und Handel gefunden und sich zu einer Gesellschaft der Börseninteressenten zusammengeschlossen. Der Gesellschaftszweck ist die Errichtung einer Produktenbörse, die bei der gesetzmäßigen Staatsaufsicht und sonstigen gesetzlichen Garantien in höherem Maße als der Markt zur Erreichung der obengenannten Ziele, darüber hinaus zur Erleichterung des Handelsverkehrs und der Förderung der allgemeinen Wirtschaftsinteressen dient. Der Aufzug eines derartigen Instituts erfordert jedoch einen Apparat, der seines Umfanges wegen größerer Vorbereitungen bedarf, so insbesondere eines Staatsgesetzes.

Eile tut jedoch aus den verschiedensten Gründen not. In Erkenntnis der Dringlichkeit hat daher die obengenannte Gesellschaft beschlossen, der Produktenbörse durch Abhaltung von Privat-Getreidemärkten die notwendigen Vorarbeiten für diese Börse schaffen. So soll der erste dieser Privatmärkte am 9. August, vormittags 11—1 Uhr, von da ab wöchentlich an jedem Mittwoch in Kattowitz im großen Saale des Gasthauses „Zur Erholung" stattfinden. Gehandelt wird bis zur anderweitigen Regelung zu den bisher üblichen Bedingungen werden. Nach Schluß des Marktes wird eine aus Vertretern der Landwirtschaft und des Handels gleichmäßig besetzte Kommission feststellen, mit welchen Preisen gehandelt worden ist, und daraufhin diese Feststellungen in den Tageszeitungen veröffentlichen.

Abgesehen von der Erleichterung des Handelsverkehrs, die durch diesen Privatmarkt gewährleistet wird, wird die Feststellung der erzielten Preise und ihre Veröffentlichung die obengenannten Ziele „Klärung der Marktlage" fördern. Der Zutritt zu diesem Privatmarkt ist zwar unbeschränkt. An alle der Gesellschaft bekannten Interessenten ergehen besondere Einladungen. Wünschen nach den Einladungen wird entgegengesehen. Zur Deckung der Unkosten einesteils, anderenteils um Mittel für die Vorbereitung der Produktenbörse zu erhalten, wird ein Eintrittsgeld von 100 Mark erhoben. Dieses Eintrittsgeld soll zugleich die Gewähr dafür bieten, daß der Charakter des Privatmarktes gewahrt bleibt und insbesondere nicht von Elementen in Anspruch genommen wird, denen der Zutritt bei der demnächst zu gründenden Börse von den Börsenstatuten versagt wernen müßte. Eine Verrechnung des gezahlten jedesmaligen Eintrittsgeldes auf die zukünftigen Börsenmitgliedschaftsgebühren wird stattfinden. Zur Beantwortung der Fragen ist Herr Dr. Brunn, Kattowitz, Mühlstraße 23, bereit.

Beratungen der Sejmausschüsse.

Der Ausschuß für Handel und Industrie beriet unter Vorsitz des Abg. Diamand über die zwischen Polen und Deutschland abgeschlossenen Verträge, welche die oberschlesischen Gruben und das staatliche Bergwerkseigentum im polnischen Teile Oberschlesiens betreffen. Der Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie Kiedron stellte den Inhalt beider Verträge dar. Besonderes Interesse erweckte der Vertrag, kraft dessen die polnische Regierung die Ausbeutung von polnischen Finanzgruben an eine Gesellschaft verpachtet, an der sie mit 50% beteiligt ist. **Der Rest der Anteile liegt in französischen Händen. An der Spitze der Gesellschaft steht der Abg. Korfanty.** An der Spitze des Aufsichtsrates stehen die Herren Benis, Armutowicz und Wysiatycki.

Der Rechtsausschuß nahm in dritter Lesung den Artikel 11 des Mieterschutzgesetzes an. Dieser Artikel behandelt das Recht der Verpachtung von Hofgebäuden. Dann erörterte man den Antrag des Nationalen Volksverbandes, der Christlichdemokraten, der Nationalen Volksvereinigung, der Wyzwolenie-Gruppe und der Nationalen Arbeiterpartei über die Ausdehnung des im ehem. österreichischen Teilgebiet geltenden Gesetzes vom 26. Januar 1907, das Strafbestimmungen zum Schutz der Wahl- und Versammlungsfreiheit enthält auf das ganze Gebiet des Staates. Nach der Diskussion wurde beschlossen, einen Unterausschuß aus den Abgg. Grzdzielski, Lutosławski und Matakiewicz zu bilden. Der Unterausschuß soll zu dem Antrag Stellung nehmen und seine Meinung äußern.

Im Unterausschuß zum Wiederaufbau des Landes referierte Abg. Bryl über die Lieferung von Baumaterialien für die Ansiedelung in den Grenzgebieten. Es wurde eine Entschließung angenommen, welche die Regierung auffordert, den polnischen Ansiedlern zu Hilfe zu kommen, beispielsweise unter die Ansiedler 1000 Millionen Mark zu verteilen, die im Haushaltsplan für das laufende Jahr für Kolonisationszwecke vorgesehen sind. Diese Unterstützung soll in natura gewährt werden, vor allen Dingen in Baumaterialien auf der Grundlage von Schuldverschreibungen, welche die Interessenten in den Kreis-Wiederaufbauämtern unterschreiben werden. Die Abgg. Krzyżanowski und Mickiewicz berührten die Frage des Wiederaufbaus des Wilnaer Gebietes. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Der interparlamentarische Ausschuß beschloß in seiner Freitagssitzung, die unter Vorsitz des Abg. Dębiński stattfand, im Sinne des Antrages des Abg. Löwenstein, daß der Sejm zu der interparlamentarischen Konferenz in Wien, die in diesem Jahre stattfinden soll, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, sich mit den Parlamenten von Frankreich und Belgien, die an der Konferenz nicht offiziell teilnehmen, zu solidarisieren, keine offiziellen Vertreter zu senden. Gleichzeitig aber hat sich der Ausschuß dahin geäußert, daß die unoffizielle Teilnahme von polnischen Abgeordneten an der Konferenz erwünscht sei.

Der Landwirtschaftsausschuß setzte unter Vorsitz des Abg. Piechota seine Beratungen über den Gesetzentwurf über die Zusammenziehung von Gütern fort.

Der Ausschuß für öffentliche Arbeiten nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Verleihung des Ingenieurtitels an.

Der Wiederaufbauausschuß nahm den Antrag des Abg. Świechowski (Polnische Volkspartei) über den Wiederaufbau des Wilnaer Gebiets an. Dieser Antrag fordert die Regierung auf, die Gesetze und Verordnungen über Wiederaufbau auf das Wilnaer Gebiet auszudehnen. Der in der Sitzung anwesende Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß von der Gesamtsumme, die für Wiederaufbauzwecke vorgesehen ist, auf das Wilnaer Gebiet 300 Millionen Mark entfallen.

Der Ausschuß für soziale Fürsorge beriet über das Reemigrationslager in Danzig. Referent war Abg. Geistlicher Kotula. Nach der Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen. Der Ausschuß für soziale Fürsorge vertagt nach Entgegennahme des Berichts des staatlichen Emigrationsamtes über die gegenwärtige Lage im Rück- und Auswandererlager in Danzig die endgültige Entscheidung über diese Frage bis zur Septembersession im Sejm, vor dem die Sachlage noch endgültig klargelegt wird.

Der Auslandsausschuß nahm unter Vorsitz des Abg. Grabski die Ratifizierung der deutsch-polnischen Verträge über die staatlichen oberschlesischen Gruben an. Referent war Abg. Rosset.

Der Verwaltungsausschuß hat beschlossen, dem Kreisausschuß in Chrzanowo die Erlaubnis zu geben, eine Anleihe von 20 Millionen für den Bau eines Gymnasiums in Chraznowo einzuziehen. Dann wurden folgende Referate verteilt: Abg. Tarnowski: Gesetzentwurf über Gesellschaften; Abg. Bojanowski: Gesetzentwurf über die Grenzwehr. Der Ausschuß hat es für notwendig erachtet, in der Herbstsession das Landgemeindengesetz und das Gesetz über die Änderung der Gemarkungen von Landgemeinden anzunehmen.

Der Finanzhaushaltsausschuß erörterte den Gesetzentwurf über die Zuteilung einer Teuerungszulage für die Beamten entsprechend den Dienstjahren. Referent war Abg. Godek. Zum ersten Regierungsantrag über diese Frage hatte der Ministerrat einen Verbesserungsantrag gestellt, der darauf beruhte, daß die Zulage nach den Dienstjahren im Verhältnis zum Teuerungsmultiplikator zuerkannt werden sollte. Nach der Diskussion wurde der Gesetzentwurf angenommen. Dann referierte der Abg. Koliszer über die Wiederinkraftsetzung des Gesetzes vom 10. Mai 1920, das die Regierung ermächtigt, die indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben bis Ende 1922 zu erhöhen. Nach der Diskussion wurde der Entwurf angenommen. Es sei erwähnt, daß der Abg. Rząd im Namen des Nationalen Volksverbandes eine Erklärung abgab, die sich mit Rücksicht auf die Stellungnahme seiner Partei zu der gegenwärtigen Regierung gegen den Entwurf ausspricht.

Der Heeresausschuß nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Pensionsbesoldung der Militärpersonen und ihrer Angehörigen an. Zum Referenten im Sejmplenum wurde der Abg. Meißner gewählt. Abg. Załuska hob die Erledigung von drei Anträgen hervor, die die militärischen Mißerfolge im Jahre 1920 betreffen. Diese Angelegenheit wurde wegen Beschlußunfähigkeit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Aus Polen.

Thorn polnischer Handelshafen.

Warschau, 2. August. Nachdem nacheinander Dirschau, Gdingen, Putzig und Hela als Orte genannt wurden, die zur Errichtung eines polnischen Hafens in Betracht kämen, ist jetzt ein neuer Plan aufgetaucht. Das „Slowo Pomorski" berichtet über ein Projekt, das die Handelskammer in Thorn herausgegeben hat, worin die Gründung eines Transitlagers in Thorn vorgesehen ist, in dem aus dem Auslande eingeführte zollpflichtige Waren lagern können. Das Blatt behauptet nach dem Projekt, daß die Lager in Danzig für die Anforderungen von 30 Millionen Bevölkerung nicht berechnet seien, um so mehr, da Danzig im Außenhandel Deutschlands eine untergeordnete Rolle gespielt hat.

Als Vorteile eines Lagers in Thorn werden angeführt: 1. Die Unabhängigkeit von Danzig, 2. Erleichterung der Zollmanipulation, 3. die Möglichkeit, die Ware in größeren Partieen ausladen und verzollen zu lassen, 4. Inumlaufbringen des in Importwaren angelegten Kapitals durch Warentransaktionen im Falle des Mangels an Nachfrage, 5. Erleichterung der Rückgabe oder des Verkaufs der vom Auslande importierten Ware, 6. Erleichterung des Transitverkehrs. Für die Stadt Thorn soll dies von unvorgesehener Bedeutung sein, da Wasser- und Eisenbahnverbindung stark ausgenützt würden, zahlreiche Arbeiter Beschäftigung finden und neue Handelsplätze, durch die bequeme Lage angezogen, gebildet würden. Angeblich soll Thorn schon lange von den Zentralbehörden zu diesem Zwecke ausersehen sein. Es müßten dann natürlich noch Eisenbahnlinien, die auch privat sein könnten, gebaut werden. Die Gesellschaft des Transitlagers sei verpflichtet, eine von der Regierungskasse verlangte Kaution zu hinterlegen. Die Handelskammer habe bereits Verhandlungen mit Stadt- und Militärbehörden bezüglich des Mietens von Magazinen und Gelände geführt. Die Verwirklichung dieses Projektes wird in kurzer Zeit sicherlich erfolgen.

Geplante Schulbauten.

Warschau, 5. August. Angesichts der Forderung des Ministeriums für öffentliche Aufklärung beginnt die Kreisdirektion für öffentliche Arbeiten mit der Bearbeitung einer Reihe von Entwürfen zum Bau von Mittel- und Berufsschulen. Mit dem Bau dieser Schulen sollen im nächsten Jahr begonnen werden. In Kürze werden die Arbeiten beim Bau der staatlichen Bauschule beginnen. Für dieses Jahr ist der Bau einer Abteilung dieser Schule vorgesehen. Zugleich ist in diesem Jahr der Beginn des Baues eines Staatsarchivs vorgesehen. Die Wahl des Ortes ist schon getroffen, die endgültige Entscheidung hängt von den kompetenten Behörden ab.

Die Wahlen zum schlesischen Sejm.

Warschau, 5. August. Kraft des Art. 13 des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920, welches das organische Statut der schlesischen Wojewodschaft enthält und kraft des Art. 11 und 12 des Erlasses vom 28. November 1918 über die Wahlordnung zum gesetzgebenden Sejm im Wortlaut, der bei den Wahlen zum schlesischen Sejm verpflichtet, ordnete der Staatspräsident die Wahlen zum schlesischen Sejm an. Der Tag der Abstimmung ist auf den 24. September festgesetzt.

Ein hoher Sowjetbeamter als Spion.

Warschau, 5. August. Der Kurjer erfährt, daß die Behörden einen hervorragenden Sowjetbeamten in Polen verhafteten, bei dem unzweifelhafte Beweise und militärisches Spionagematerial gefunden wurde. Die Angelegenheit nahm angesichts des hohen diplomatischen Postens wie auch im Hinblick auf die Wichtigkeit der bei ihm vorgefundenen Dokumente sensationelle Ausdehnung an.

Diplomatische Nachrichten.

Warschau, 5. August. Der „Przegląd Wieczorny" erfährt, daß der polnische Gesandte in Helsingfors Dr. M. Sokolnicki von seinem Posten zurücktritt. Als Kandidat für diesen Posten wird Herr Roman Knolla, der ehemalige Chef der östlichen Abteilung des Außenministeriums genannt.

† **Nowak beabsichtigt eine Gesandtenbesprechung.** Der „Przegląd Wieczorny" meldet, daß in Verbindung mit der Liquidierung der Kabinettskrise und der Notwendigkeit der Besprechung der aktuellen Fragen auf dem Gebiete der Auslandspolitik einige Gesandte nach Warschau berufen werden sollen. In erster Linie soll dies die polnischen Gesandten in London (Władysław Wróblewski), in Paris (Zamoyski) und Prag (Erasmus Piltz) betreffen.

† **Der Kriegsminister Sosnkowski** hat am 1. August seinen Urlaub angetreten.

† **Der italienische Gesandte Tomassini** hat dem Ministerpräsidenten Nowak anläßlich der Übernahme seines Ministerpräsidentenpostens seine Glückwünsche persönlich überbracht.

† **Der Gesundheitsminister Dr. Chodźko** reist am 11. d. Mts. nach Genf, um an den vom Völkerbund organisierten Beratungen zwecks Bekämpfung der Seuchen teilzunehmen.

† **Das Hauptlandamt** beabsichtigt, seine Tätigkeit auf den polnischen Teil Oberschlesiens auszudehnen, und hat zugleich seinem Delegierten in Teschen-Schlesien, Herrn Pampuchow, in Bielsk (Bielitz) den Auftrag gegeben, die Kompetenzen der Delegatur auf Oberschlesien auszudehnen, die Prüfung der dortigen Verhältnisse vorzunehmen und mit der Organisierung zu beginnen.

† **Oberst Barber, Mitglied der amerikanischen Mission technischer Sachverständiger,** der seit einigen Jahren an der Organisation unseres Eisenbahnwesens gearbeitet hat, hat Warschau verlassen. Vor der Abreise hatte er eine längere Besprechung mit dem Staatspräsidenten Piłsudski. Auf dem Bahnhof wurde er von dem Minister Narutowicz und den Vizeministern Eberhard und Straßburger verabschiedet.

Der Völkerbund und die Ansiedler.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Kurj. Pozn." folgendes:

Es ist geschehen, was unter den heutigen politischen Umständen vorauszusehen war. Der neue Außenminister Narutowicz hat im Namen der polnischen Regierung sein Einverständnis dazu gegeben, daß nicht nur die Entfernung der Ansiedler auf Grund eines gerichtlichen Exmissionsurteils, sondern auch alle Verwaltungsmaßnahmen, d. h. Zwangsverwaltungen, aufgeschoben werden, und zwar bis zur Beendigung der kommenden Session des Völkerbundes. Diese Hinausschiebung soll Ansiedler polnischer Staatsangehörigkeit betreffen, die unter folgende Kategorien fallen: **Ansiedler, die den Kaufvertrag mit der früheren Ansiedlungskommission vor dem 11. November 1918 abgeschlossen und die bis zu diesem Tage noch keine Auflassung bekommen haben; zweitens Ansiedler, die am Tage des Waffenstillstandes wirtschaftliche Nutznießung auf Grund eines Pachtvertrages hatten, dessen Frist noch nicht erloschen ist,** unter der Bedingung, daß die Ansiedlung nicht später vor der Ansiedlungskommission angekauft worden ist. Die Deutschen haben also auf der ganzen Linie gesiegt. Der Deutschtumsbund kann triumphieren. (Warum nicht, wenn mit ihm das Recht triumphiert? Die Red.) Die polnische Regierung hat sich den Deutschen für ihre treue Unterstützung des Belvedere dankbar gezeigt. Von 3000 Ansiedlungen (Annullierungsansiedlungen, d. h. solchen, die auf Grund des Versailler Vertrages von den Gerichten auf den Staat überschrieben worden sind) gehören 2000 solchen Personen, die unter die obengenannten Kategorien fallen. Wenn die polnische Regierung von der Durchführung des Liquidationsrechtes zurückstehen sollte, dann würde der polnische Staat ungeheure Verluste haben. Mehr als 10 Milliarden würden dadurch den deutschen Ansiedlern oder der preußischen Regierung, welche die Ansiedler entschädigen müßte, geschenkt werden. Eine Ansiedlung hat durchschnittlich einen Wert von 5 Millionen Mark! (Auf einmal. Bei den Abschätzungen aber nicht. Die Red.) Von den Annullierungsansiedlungen würden dann nur ungefähr 1000 in polnische Hände übergehen und von den 3000 Ansiedlungen, deren Besitzer auf Grund des Versailler Friedensvertrages der Liquidierung unterliegen, werden nur 400 in polnische Hände übergehen; der Rest geht in den Verhandlungen mit den Deutschen unter! Hatte es denn einen Wert, wegen der 1400 Ansiedlungen soviel Bemühungen und Spektakel zu machen! Man kann Herrn Askenazy Glück wünschen bei der Verteidigung unserer Rechte, beglückwünschen kann man das Hauptlandamt in Warschau, das es in einem so wichtigen Augenblick es für angebracht hielt, einen Kampf gegen das Bezirkslandamt in Posen zu beginnen. (Nein, dazu, daß es für das Recht eintritt. Die Red.) Ist das nicht Ironie des Schicksals, wenn in der Zeit, wo in dem Teile Oberschlesiens, der den Deutschen zugefallen ist, die Orgeschleute Polen aus ihren Sitzen vertreiben, Polen deutschen Ansiedlern Zugeständnisse macht und vor der ganzen Welt seine sprichwörtliche Toleranz zeigt? (Soll es denn nicht so sein? Die Red.) Mit dieser Angelegenheit müßte sich der Westmarkenverein befassen. Wer wird denn die Ansiedler entschädigen, denen man Ansiedlungen versprochen hat (Warum hat man sie ihnen voreilig versprochen? Die Red.), und die monatelang auf sie warten, die Verluste, die sie getragen haben und noch weiter tragen? Viele von ihnen haben ihre Wirtschaften verkauft, das Dokument in der Hand, daß ihnen eine Ansiedlung zuerkannt worden ist. Viele haben in Finanzinstituten Anleihen gemacht und zahlen hohe Prozente und Provisionen, und jetzt werden sie zusehen, wie der glückliche Kolonist weiter wirtschaftet und sich bereichert!

Wir werden zu diesen Ausführungen nächstens Stellung nehmen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Sowjetukraine erklärt den Vertrag mit Lettland für ungültig.

Riga, 2. August. Es wird gemeldet, daß die Sowjetukraine ihren Vertrag mit Lettland bezüglich der Reevakuation der Auswanderer und Arbeiter sowie ihres Eigentums für ungültig erklärt hat. **Der Bruch des Vertrages bezweckt Aenderungen in einigen Punkten.**

Bekämpfung des Hungers in der Ukraine. In der ukrainischen Studententagung in Prag wurde eine Entschließung angenommen, welche die zahlreiche Teilnahme der ukrainischen Studenten an der Aktion zur Bekämpfung des Hungers in der Ukraine fordert. Es wurde beschlossen, sich an die amerikanischen humanitären Ausschüsse und das Rote Kreuz um Hilfe zu wenden.

Bonar Law spielt Schach. Die „Neue Freie Presse" meldet aus London: Gestern ist von Bonar Law der internationale Schachkongreß eröffnet worden.

Vom Deutschtum im Auslande.

Das deutsche Lied in Amerika. Die neueste Nummer der illustrierten amerikanischen Wochenschrift „Deutsch-Amerika" ist dem deutschen Liede in Amerika gewidmet, und bringt als Titelblatt eine Zeichnung der Festwiese aus den Meistersingern mit Hans Sachs und dem Motto: „Ehrt eure deutschen Meister!" Der Mayor Haylan der Stadt Neuyork schickte dem Hefte einen Gruß an die deutschen Sänger voraus und wünscht dem Sängerfest einen guten Verlauf. Die Programme der Konzerte beim 25. Sängerfest des Nordöstlichen Sängerbundes zeigen, wie außerordentlich reichhaltig dieses Sängerfest durch die Mitwirkung von Johanna Gadski, von Julia Klausen, von den Dirigenten Ernst Scharpf und Dr. Felix Jäger gestaltet worden ist. An den Preisgesängen beteiligten sich die Städtevereinigungen von Neuyork, Philadelphia, Newark, Baltimore, Hudson und der Connecticut-Sängerbund. Es wurde als Preislied die Komposition „Waldharfen" von Max Spicker gesungen. Insgesamt waren beim Massenchor 5000 Sänger beteiligt. Der Präsident des Nordöstlichen Sängerbundes, Major Karl Lentz, schreibt in der Festnummer über Vergangenheitsklänge und Zukunftsmusik. Der Präsident des Festes, Arno Greiner, grüßte die Sänger in einem Festartikel „Deutsche kommt herbei". Der Festdirigent, Dr. Felix Jäger, steuert für das Brooklyner Fest Rückblicke und Ausblicke bei, der Ehrenpräsident des Verbandes der Chordirigenten von Amerika, Dr. Elsenheimer, schreibt über die Zukunft des deutschen Liedes. H. A. Rattermann, St. Louis, berichtet über das deutsche Lied in den vereinigten Staaten während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (der erste deutsche Gesangverein Amerikas, der „Männerchor", ist am 1. Dezember 1835 in Philadelphia gegründet) und auch sonst ist das mit ausgezeichneten Bildern geschmückte Heft ein stattliches Zeichen für das Wiedererwachen des Deutschtums in Amerika.

Der deutsche Unterricht in Amerika. Nach Meldungen deutsch-amerikanischer Zeitungen hat der städtische Schulrat zu St. Louis einstimmig beschlossen, daß im Herbst dieses Jahres der vor 4¼ Jahren unterbrochene Unterricht der deutschen Sprache an den Hochschulen wieder aufgenommen werden soll. Die Veranlassung zu diesem Beschluß war der gewaltige Andrang zu den seit einigen Monaten eröffneten deutschen Samstagsschulen, der dazu führte, daß eine große Anzahl von Schülern, die sich zum Unterricht an diesen Schulen meldeten, abgewiesen werden mußten.

Deutsches Reich.

** **Die Frauenrechtlerin Minna Cauer gestorben.** In der Nacht vom 2. zum 3. d. M. starb die bekannte Führerin der Frauenbewegung und Politikerin Frau Minna Cauer. Sie war eine Persönlichkeit, die im Ausland wie im Inland bekannt war

Statt Karten.

Die glückliche Geburt ihres zweiten Mädchens zeigen hocherfreut an [8408

Heinz Hoffmeyer-Zlotnik und Frau
Lotte, geb. Iffland.

z. Zt. Marwitz bei Landsberg a. W., den 4. August 1922.

Elektro-Motore

für Gleich- u. Drehstrom repariert und wickelt neu unter langfristiger Garantie

Eilige Motore innerhalb 8 Tagen

Adolf Kunisch,

Grudziądz, Toruńska 6 [8079

Telephon 196.

Ankerwickelei und Reparaturwerkstatt.

Harder'sche

Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel-, Rüben- Gabeln

offeriert [8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ulica Sew. Mielżynskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — Telephon 52-25.

Für Konditorei!

Verschiedene Walzen, Pressen, Stanzen, Maschinen zu Bonbons; Formen für Schokolade; verschiedene Etiketts; zu Teegebäck Farben, Aether, Vanille in Pulver; [8257

Sirup, Kakaobutter, Agar-Agar

empfiehlt

P. Flancman, Warszawa,
Świętojerska 36. — Tel. 72-67.

Auto-Reifen, Continental-Cord

erstklassige Fabrikate, sowie

in allen Größen am Lager. [8409

W. Müller, Poznań,
ulica Dąbrowskiego 36.

Pierwszy Poznański Parowy Zakład Wulkanizacyjny.

Für [8322

Steinmarderfelle	zahle bis Mk.	50 000
Fischotterfelle	zahle bis Mk.	50 000
Fuchsfelle	zahle bis Mk.	25 000
Iltisfelle	zahle bis Mk.	15 000
Hasenfelle	zahle bis Mk.	2 000
Kaninfelle	Pfund bis Mk.	700
Roßschwanzhaare	Pfd. bis Mk.	2000

Nur Winterwaren werden gekauft.

Św. Marcin 34, Fellgeschäft.

Die Verlobung ihrer Tochter **Hilde** mit dem Kaufmann und Ltn. d. Res. a. D. Herrn **Artur Kuntze** geben bekannt

Hartog und Frau
Sophie, geb. Vanhöffen

Neuhäuser (Ostseebad) den 6. August 1922

Meine Verlobung mit Fräulein **Hilde Hartog**, Tochter des früheren Rittergutsbesitzers und Major a. D. Herrn Hartog und seiner Frau Gemahlin Sophie, geb. Vanhöffen, zeige ich an

Artur Kuntze

Königsberg [8400

AUTO-PNEUS

nur erstklass. Fabrikate, insbesondere „Continental-Cord", empfiehlt unter Konkurrenzpreisen

WIELKOPOLSKA FABRYKA SAMOCHODÓW

TOW. AKC.

dawn. St. Brzeski

w POZNANIU, ulica Skarbowa 20.

[386

Offerieren solange vorrätig:

Deutsche Kalidüngesalze,

die in Kürze hier eintreffen, und bitten um baldige Bestellungen.

Poznański Bank Ziemian

Tow. Akc.

Departament Rolniczo - Handlowy.

Centrala: Poznań, ulica Podgórna 10.

Telephon 13-93, 13-94, 36-93, 36-97.

Bestellungen können auch an unsere Filialen gerichtet werden:

Warszawa, ulica Mazowiecka 1. Tel. 151-97, 507-70.
Bydgoszcz, ulica Gdańska 165. Tel. 310.
Grudziądz, ulica Józefa Wybickiego 25. Tel. 795 i 895.
Ostrów, ulica Kaliska 1. Tel. 180.
Leszno, Rynek 13. Tel. 13.

[389

Anderthalbjährige erstklassige

„Merino-Precoce"-Böcke

empfiehlt anerkannte

Schäferei Galowo, Eigentum des Grafen Michał Mycielski.

Bestellungen nimmt die Gutsverwaltung Galowo, p. Szamotuły (Samter) an.

[335

Dampfpflüge

zu Kauf und Miete

empfiehlt [8313

Carl Krause, Paczkowo, Poz Wschód.

Villa

8 Zimmer, viel Nebengelaß, großer Hof, Garten und Stallungen, sowie 1 Morgen Land, fortzugshalber **zu verkaufen.** Offerten u. E. K. 8374 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Altpapier

aller Art und jedes Quantum kauft zu hohen Preisen [8333

W. Chrzanowski, Papier-Engros,

Poznań. Stary Rynek 91 (Alter Markt), I. Etage, Kontor.

Pergament
Packpapier
Briefordner
Schnellhefter
Kopierbücher
Maschinenpost

überhaupt allen

Bürobedarf

liefert

Papierhaus

Schiller

ul. Szkolna 10
(fr. Schulstrasse)
am Stadtkrankenhaus.

Wohnungen

Tausche

meine in Poznań, in **bester Geschäftslage** geleg. 4—7 Zimm.-Wohnung u. Kontorräume, gegen gleiche in Berlin W. Gefl. Off. u. **8381** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gut möbl. Zimmer

sucht von 15. 8. Bankbeamter, solider, lediger Herr, im Zentrum der Stadt evtl. nicht weit entfernt. Off. u. **8413** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ankäufe u. Verkäufe

Wassermühle oder Dampfmühle

zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote unter **8396** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

---

1 eiserne Kinderbettstelle

wird zu kaufen gesucht. Gefl. Off. u. **8189** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Fensterglas

in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert **L. Zippert, Gniezno.**

Zu verkaufen:

1 Schlafzimmereinrichtg.,
1 Herrenschreibtisch,
1 Ausziehtisch, [8348
1 Wiener Schaukelstuhl,
1 Wanduhr (Freischwinger),
alles in Nußbaum.

Ferner: **1 Geige, 1 Kanarienvogel mit Käfig, 1 Weinbowle.**

Zu besichtigen 1—3 Uhr.
ulica Bukowska 17, II l.

Eine schöne, genau stimmende

Guitarre

mit weichem, vollem Ton preiswert zu verkaufen. Off. u. **8375** a. d. Gesch. d. Bl.

Trauringe

8410] **echt Gold, moderne Fasson, verkauft**

Chwiłkowski,
Św. Marcin Nr. 40,
(St. Martinstr.), neb. Gospoda.

Teatr Pałacowy

Während des Umbaues werden unsere Programme im **Kino Colosseum** vorgeführt.

KINO **Colosseum**
św. Marcin 65.

Vom 31. VII.—6. VIII.

Der Herz-Eroberer

Herrl. Meisterwerk in 6 Akten, ausgef. nach den letzten Errungenschaften der Kinotechnik.

Ausserdem: **Feierl. Vereinigung Oberschlesiens m. Polen.**

Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Photogr. Atelier

„beim Schloss"
(Św. Marcin 37)
Moderne Porträts
für Legitimationen.
Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

Möbeltaxen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3b.

Suchen Sie Käufer? [6231

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

Meckelburg & Co.

Handelsfirma, Zentrale Poznań, Jeżyce, ul. Patr. Jackowskiego 85.

Landwirtschaft

in Deutschland, 37 Mrg. Land mit Wiese, guten Gebäuden, ist gegen eine Landwirtschaft in Polen umzutauschen. Nur mündliche Auskunft erteilt **M. Nawracala, Pobiedziska, ul. Kostrzynska 18.**

Hausgrundstück in **Senftenberg,** neu, mit 6 Mietern, zu **tauschen** in Polen. Auskunft erteilt **Wieloch, Kobelnica,** Kr. Posen-Ost. Zeichnung liegt z. Ansicht aus.

Bekanntschaft

sucht junger, 21 J. alter Mann mit **lebenslustig. Fräulein** zwecks **späterer Heirat.** Vermögen erwünscht. Offerten mit Bild an die Geschäftsstelle des „Bojanowoer Anzeigers" unt. **„Gefunden", Bojanowo,** pow. Rawicz. [8404

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe **unter Garantie** wieder

„Axela" Haar-Regenerator

Flasche 300 Mk, bei **J. Gadebusch,** Poznań, Nowa ul. 7 od. „Axela" G. m. b. H. **Berlin N. 4, Schröderstr. 1.**

Große Auswahl

in

Kunstblättern
Postkarten
Postkartenalben
Briefkassetten
Rahmen

Bilder - Einrahmungen

werden sofort ausgeführt.

Papierhaus

Schiller

ul. Szkolna 10
(fr. Schulstrasse)
am Stadtkrankenhaus.

Allein Gott in der Höh' sei Ehr!

In der uns von Matthäus überlieferten Gestalt schließt das Vaterunser mit einem Lob Gottes: „Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit.“ Und dieses Lob Gottes, genauer gesagt, was in ihm von Gott ausgesagt wird, erscheint als Begründung aller vorangegangenen Bitten. In der Tat, was hätte es für einen Sinn, zu Gott zu beten, wenn er nicht König und Herr wäre, reich über alles Verstehen und mächtig über alles Begreifen, wenn er nicht Kraft hätte, über Bitten und Verstehen zu tun, was Menschen von ihm erflehen? Ein ohnmächtiger Gott kann nicht Adresse eines Gebetes sein; jedes Gebet enthält ganz von selbst ein Bekenntnis zu seiner Herrlichkeit, um deren willen ihm Preis und Anbetung und Ehre in Ewigkeit gebührt. Darum steigt das Gebet der Kinder Gottes in seinem Schluß zu dieser Höhe eines Lobpreises Gottes empor.

Es ist gut und nötig, daß wir uns immer gegenwärtig halten, daß Gott kein ohnmächtiges Phantasiegebilde ist, sondern machtvolle, ewige Wirklichkeit. Wir brauchen diese Gewißheit, wenn wir mit dem Leben fertig werden wollen; wir müssen singen können: „Wir loben, preisen, anbeten dich für deine Ehr, wir danken, daß du Gott Vater ewiglich regierst ohn alles Wanken. Ganz ungemessen ist deine Macht, fort geschieht, was dein Will' hat bedacht; wohl uns des feinen Herren!“ Sonst erdrückt uns das Weltgeschehen um uns her mit seiner Sinnlosigkeit, sonst müßten wir am Leben verzagen. Was uns unter dem Druck des Lebens, in den Nöten der Zeit aufrechterhält ist der Glaube: Wir haben einen Gott, der da hilft! Sein ist Reich und Kraft und Herrlichkeit.

Als die alte Garnisonkirche in Berlin in Flammen aufging, brannte auch die innere Ausstattung völlig aus. Aber über den rauchgeschwärzten Trümmern waren von der Inschrift am Triumphbogen die Anfangsworte stehen geblieben: „Ehre sei Gott“ . . . . . Alles andere war zerstört, — aber auch über Trümmern leuchtet Gottes Ehre. — Allein Gott in der Höh' sei Ehr!

D. Blau-Posen.

Die Senats-Wahlordnung.

Die Wahlordnung zum Senat, die in der Sitzung vom 28. d. M. vom Sejm in dritter Lesung endgültig angenommen wurde, stützt sich grundsätzlich auf die Bestimmungen der Wahlordnung zum Sejm. Nur in gewisser Hinsicht unterscheidet sich die Wahlordnung zum Senat von der Sejm-Wahlordnung, was aus der unterschiedlichen Konstruktion der höheren Kammer im Gros der gesetzgebenden Organe hervorgeht.

Das aktive Wahlrecht.

Das Recht, die Senatoren zu wählen, steht jedem Sejmwähler zu, der am Tage der Veröffentlichung der Wahlen zum Senat sein 30. Lebensjahr beendet hat (nicht 21.) und an diesem Tage im Wahlbezirk mindestens seit einem Jahre wohnt (und nicht seit einem Tage).

Zum Senat können alle Staatsbürger, unabhängig von ihrem Wohnort, gewählt werden, die das aktive Wahlrecht zum Senat besitzen und am Tage der Veröffentlichung der Wahlen das 40. Lebensjahr beendet haben.

Die Zahl der Senatoren und die Wahlbezirke.

Im ganzen Gebiet des Staates werden 111 Senatoren (444 : 4) gewählt, wovon auf die Bezirkslisten 93 und auf die Reichswahllisten 18 entfallen. Zwecks Durchführung der Wahlen zum Senat wird das ganze Gebiet der Republik in 17 Bezirke eingeteilt, wobei jede Wojewodschaft und die Hauptstadt Warschau einen besonderen Wahlbezirk bilden. In jedem Wahlbezirk fungiert die Bezirkswahlkommission in derselben Zusammensetzung wie bei den Sejmwahlen. Es ist dies eine in der Wahlordnung bezeichnete Kommission von den Bezirkswahlkommissionen, die die Wahlen zum Sejm durchführen. Die Abstimmungsbezirke bei den Wahlen zum Senat entsprechen den Abstimmungsbezirken, die für die Wahlen zum Sejm aufgestellt sind. In jedem Bezirke fungiert die Distrikts-Wahlkommission in derselben Zusammensetzung wie bei den Sejmwahlen.

Die Kandidatenlisten.

Die Listen der Kandidaten zum Senat werden von mindestens 50 Wählern zu Händen des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission bis spätestens 30 Tage vor dem Tage der Sejmwahlen (die Wahlen zum Senat finden immer eine Woche später statt) in derselben Form eingereicht wie die Kandidatenlisten zum Sejm. Die Reichswahllisten der Kandidaten zum Senat müssen zu Händen des General-Wahlkommissars bis spätestens 40 Tage vor dem Tage der Sejmwahlen unter denselben Bedingungen und in derselben Form eingereicht werden, wie die Reichswahllisten der Kandidaten zum Sejm. Diejenigen, die die Reichswahlliste der Kandidaten zum Sejm einbringen, können erklären, daß sie gleichfalls eine Reichswahlliste zum Senat einreichen und bitten, daß beide Listen mit den gleichen Nummern versehen werden. Die Zahl der Kandidaten auf der Reichswahlliste zum Senat darf nicht 25 Senatoren und auf der Bezirksliste nicht die doppelte Zahl der Senatoren überschreiten, die der zuständigen Wojewodschaft durch die Wahlordnung zuerkannt sind.

Die Verteilung der Mandate.

Die Verteilung der Senatsmandate gemäß den Bezirkslisten findet nach dem de Hondt-System statt. Nach demselben System werden die Mandate aus den Reichswahllisten nach der Zahl der in den Bezirken erzielten Senatorenmandate verteilt, wobei Nutznießung aus der Reichswahlliste von der Durchbringung von Senatoren in mindestens drei Wahlbezirken abhängig gemacht wird.

Vergleich der Sejm- und Senatswahlordnung.

	Sejm	Senat
1. Aktives Wahlrecht:		
a) Erforderliches Alter	21	30
b) Erforderliche Wohnzeit	1 Tag	1 Jahr
2. Passives Wahlrecht:		
Erforderliches Alter	25	40
3. Anzahl der Abgeordneten	444	111
a) aus den Bezirkslisten	372	93
b) aus den Staatslisten	72	18
4. Zahl der Wahlbezirke	64	17
5. Höchstzahl der Kandidaten auf den Staatslisten	100	25
6. Das Recht der Nutznießung aus den Staatslisten ist von der Durchbringung von Mandaten in Bezirken abhängig	6	3

Wie ist die Wahlordnung zustande gekommen?
Geschichtliches über die Wahlordnung.

Am 17. März 1921 ist die Verfassung der Republik Polen angenommen worden. In den Artikeln 11, 12, 13, 14, 15 und 16 hat sie die Übergangsgrundsätze festgelegt, auf Grund deren im Sinne des Artikels 18 der Verfassung die Wahlordnung zum Sejm und Senat vom Sejm ausgearbeitet werden sollte. Am 29. Juli 1921 hat der Verfassungsausschuß, die entsprechenden Regierungsreferate als Verhandlungsgrundlage nehmend, dem Abg. Buzek (Poln. Volkspartei) das Referat über die Wahlordnung anvertraut, wonach er in der Zeit vom 28. September bis zum 22. November vor. Jahres 19 Sitzungen abhielt, auf denen die erste Lesung des ausgearbeiteten Gesetzentwurfes vollzogen wurde. Infolge Krankheit des Referenten begann die zweite Lesung im Ausschuß erst am 14. Februar d. Js. Sie nahm 15 Ausschußsitzungen in Anspruch und wurde am 18. März d. Js. beendet. Die dritte Lesung im Ausschuß umfaßte weitere 7 Sitzungen, die in der Zeit vom 23. März bis zum 4. April d. Js. stattfanden, und am 8. April d. Js. war das Ausschußreferat endgültig ausgearbeitet. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Wahlordnung zum Sejm und Senat im Sejmplenum nahm infolge zahlreicher Verbesserungen, was die mehrmalige Überweisung des Entwurfes an den Ausschuß verursachte, noch viel Zeit in Anspruch. In den Vollsitzungen am 27. und 28. Juli hat nun der Gesetzgebende Sejm in dritter Lesung das Gesetz über die Sejm- und Senatswahlordnung endgültig angenommen.

Aus der polnischen Presse.

Die „Rzeczpospolita“ über das neue Kabinett.

Über das neue Kabinett Nowak schreibt Herr G. in der Donnerstagnummer der „Rzeczpospolita“ folgendes: Das Kabinett, das morgen vom Sejm das Vertrauensvotum fordern wird, ist gerade die Regierung, die Herr Pilsudski vor 2 Monaten haben wollte, als er die Krisis heraufbeschwor, dieselbe, die sich schon auf seinen Befehl dem Sejm unter der Führung des Herrn Sliwiński vorstellte. Eine Regierung, die man eher eine Pilsudski-Regierung als eine Nowak-Regierung nennen kann, eine Regierung, die sich weniger durch Fachkenntnis, Erfahrung und Autorität auszeichnet, als sie sich vielmehr als ein gefügiges Instrument zur Ausführung von Befehlen eignet.

Immer noch Korfanty.

Die „Gazeta Warszawska“, die sich in einem Artikel mit dem Aufruf Korfantys befaßt, der zum Kampf um einen rechtmäßigen Staatsorganismus auffordert, schreibt:

Der im Sejm unternommene Kampf gegen den Staatspräsidenten um eine rechtmäßige Regierung ist durch Einberufung des Nowak-Kabinetts nicht beendet worden. Der Kampf muß weiter fortgeführt werden, ihn wird erst das gesamte Volk in den künftigen Wahlen zum Sejm entscheiden. Der Aufruf endet mit Worten des Ansporns zu weiterer Ausdauer. Zu solchem Kampfe und nur zu einem solchen Kampfe aufzufordern, hat derjenige das Recht, dem es wirklich um eine rechtmäßige Regierung in Polen geht. Wir brauchen uns nicht darüber zu ereifern, daß es ein wahrhaftiges Unglück für das Reich wäre, wenn die angehäufte Bitterkeit und der Parteihaß ihren Ausdruck in unlegalen Formen suchen würden, in einer Form, die klar und offen das Gepräge des Bürgerkrieges haben würde.

*

In seinem Leitartikel vom 1. August führt der „Kurjer Polski“ unter der Überschrift:

„Die ersten Aufgaben der neuen Regierung“

folgendes über die ostgalizische Frage aus: „Nach der Rückkehr des Ministers Skirmunt von der Genua-Konferenz, als dieser den Pressevertretern einen Vortrag über die politische Lage unseres Staates hielt, sagte er, daß von den beiden Angelegenheiten, die gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehen, die erste, die Wilnaer Angelegenheit, schon für erledigt gelten kann. Hieraus ergibt sich die klare Schlußfolgerung, daß die zweite Angelegenheit, das heißt das Schicksal Kleinpolens, noch nicht geregelt ist. Es gibt politische Aufgaben, die in stillschweigender Übereinstimmung der Parteien durch ganze Geschlechter hindurch unberührt gelassen werden können. Die Angelegenheit, von der die Rede ist, gehört nicht zu diesen. Aus dem Konglomerat der Aufgaben hebt sich vor allem eines hervor: es ist dies das Problem der Rechte, die jenem Teil der russischen Nation zustehen, der aus wohlverständlichen Gründen vor mehreren Jahren den ukrainischen Namen angenommen hat. Die kleinpolnischen Angelegenheiten konzentrieren sich also in der ukrainischen Frage. Die Lage Polens ist angesichts dieser Probleme insofern günstig, als der einzige Grenzstaat, der seine Absichten auf diese Gebiete kundgab, also die Sowjetukraine, auf seine Ansprüche vollkommen und entschieden im Rigaer Vertrag verzichtet hat. Dieser Vertrag hat gegenüber Ostgalizien eine andere Bedeutung als gegenüber Mittellitauen. Auf Wilna hat auch das Kowno-Litauen Ansprüche genährt, was im Text des Vertrages deutlich zuerkannt wurde. Auf Kleinpolen macht keiner unserer Nachbarn Ansprüche. Dagegen stellt sich das Verhältnis dieser beiden Grenzprovinzen gegenüber den alliierten Mächten anders dar. Auf Wilna kann man nur den Artikel des Versailler Vertrages anwenden, der bestimmt, daß diese Staaten die Grenzen Polens später auf den Gebieten festsetzen, auf denen sie nicht im Vertrage festgesetzt werden. Nach der Definition Skirmunts besteht nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht dieser Mächte. Kleinpolen dagegen fällt unter die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, der fünf Großmächten das spezielle Recht zuerkannt hat, über die Gebiete des früheren österreichischen Teilgebiets zu entscheiden. Nach diesem Vertrage — so sagt einer der ausgezeichnetsten Kenner dieser Angelegenheiten — wäre das gesamte österreichische Teilgebiet Gegenstand eines Kondominiums, an dem die Mächte pro quinta parte indivisà teilnehmen. Stanisławów, Tarnopol, Lemberg, Krakau, der Wawel, die polnischen Gräber, die Asche Kosciuszkos und des Prinzen Josef bilden gemeinsames Eigentum Englands, Frankreichs, Italiens, Amerikas und Japans. Dem Wawel droht von dieser Seite aus keine Gefahr. Es ist jedoch unbekannt, ob man dasselbe mit reinem Gewissen von den Gebieten sagen kann, die zum größten Teil von einer Bevölkerung bewohnt sind, die eine andere Sprache spricht, die an einem anderen Gottesdienst teilnimmt, die ihren Schulunterricht in eigenen Schulen hat. Die Unsicherheit in diesen Fällen verschlechtert durch sich selbst den Stand der Dinge. Es zeigt sich dies vor allem in Augenblicken, in denen sich ungewöhnliche Schwierigkeiten und Zweifel entweder politischer oder rechtlicher Natur aufdrängen. Einen solchen Augenblick können uns die in kurzem erfolgenden Wahlen zum Sejm bringen, und gerade darum ist die Angelegenheit des östlichen Kleinpolens heute zeitgemäß. Es ist schwer, die Ursachen zu definieren, warum wir nicht im Jahre 1919 ein entscheidendes Wort über diese Angelegenheit gesprochen haben; damals, da wir die ukrainischen Abteilungen aus diesen Gebieten herausdrängten und als Sieger den ehrenvollen Beweis der Mäßigung und Großmut zeigen konnten. Die Lage ist heut bei weitem schwieriger. Die Gefahr liegt darin, daß die Schwierigkeiten nach einem halben Jahr noch größer sein können. Die russischen Angelegenheiten im früheren Galizien werden um so günstiger und schneller für uns erledigt werden, je weniger wir politische Doktrinen und historisch-philosophische Kommentare hören werden, und je mehr wir uns vom gesunden Verstande und der unmittelbaren Beobachtung des Lebens leiten lassen. So oft die Aussprache über die nationalen Rechte des russischen Volkes in Polen beginnt, so oft schneidet man vor allem die akademische Frage darüber an, ob die Ruthenen als Volk bestehen oder ob sie nicht bestehen, und ob wir sie anerkennen können oder ob es besser wäre, sie gar nicht anzuerkennen. Wir nehmen an, daß wir genauer vorgehen, wenn wir ähnliche metaphysische Spekulationen bei Seite lassen und der Wirklichkeit in die Augen blicken. Die Nationen bilden keine geschlossene Schicht, in die kein neuer Ankömmling eindringen kann. Die Nationen werden geboren, entwickeln sich und erobern sich ihre Position unter den anderen Völkern. Bei einigen findet dieser Prozeß statt, wenn sie noch auf niedriger Kulturstufe stehen, bei anderen erst, wenn sie hohe Kulturstufen erreicht haben. Wie unbedeutend waren vor einigen Jahrzehnten die Anfänge des nationalen Lebens in Irland oder in Tschechien. Wer wußte etwas von einer Sondernation der Slovenen, die heute als gleichberechtigt mit den Serben und Kroaten Südslawien gebildet haben, und was soll man von der schnellen Entwicklung der lettischen oder estnischen Nation sagen? Es ist schwierig, den Punkt zu bestimmen, von dem aus sich das Sonderleben einer Nation bewegt. Aber es ist nicht schwierig, bei einer bestimmten Gewissenhaftigkeit festzustellen, ob eine Strömung gegen die Sonderstellung besteht, ob sie an Kräften zunimmt, ob sie über andere die Oberhand gewinnt und dem gemeinsamen Leben das Gepräge aufdrückt. Stellen wir uns die Entwicklung der nationalen Kräfte in den russischen Kreisen vom Jahre 1848 ab vor Augen, als der erste russische Klub im österreichischen Parlament entstand und zum ersten Mal die Teilung Galiziens in zwei Nationen forderte. Aber vielleicht werden wir auf die Frage antworten: Bestehen diese beiden Nationen oder bestehen sie nicht? Sie bestehen, und, was das wichtigste ist, sie sondern sich ständig mehr von einander ab. Sie leben immer mehr ihr eigenes Leben, ihr Sonderleben, ein abgeschlossenes Leben. Hierauf kommt es an. Großen Einfluß übte auf diese Entwickelung auch der blutige Bürgerkrieg aus. Der Zusammenschluß dieses Lebens in einem rechtlichen Rahmen, die Regelung seiner Beziehungen zu dem Leben anderer Gruppen und zum Staate, wie auch der Gesamtheit, ist die Aufgabe der Gegenwart. Von wem kann die Initiative hierzu erfolgen? Wer müßte die Verantwortung für die Lösung dieser Aufgabe und die noch größere Verantwortung für ihre Vernachlässigung tragen? Nur die Regierung der Republik Polen. Dieses ist ihr eigentliches Gebiet, ihr eigentliches Tätigkeitsfeld. In dieser Angelegenheit haben wir wie in vielem anderen durch die Krise sehr viel teure Zeit verloren. So wollen wir denn jetzt, gleich am ersten Tage der neuen Regierung, die Aufmerksamkeit auf diese Frage lenken.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. August.

Erhöhung der Telegrammgebühren.

Das Post- und Telegraphenministerium in Warschau hat eine Verfügung erlassen, nach der die Gebühren für gewöhnliche Telegramme von 10 auf 20 M. und für dringende Telegramme von 30 auf 60 M. für das Wort erhöht werden. Gleichzeitig ist als Grundgebühr für gewöhnliche Telegramme 200 und für dringende Telegramme 600 M. festgesetzt worden. Von dieser erneuten Erhöhung der Telegrammgebühren wird namentlich die Geschäftswelt sehr entzückt sein.

Eröffnung der ersten polnischen Luftfahrtlinie.

Wie die „Rzeczp.“ mitteilt, soll in kurzer Zeit die erste polnische Luftfahrtlinie „Aerolloyd“ eröffnet werden, die ihre Flüge auf der Strecke Danzig—Warschau—Lemberg aufzunehmen gedenkt. Ebenso soll sobald als möglich eine Flugverbindung Paris—Warschau—Lemberg hergestellt werden. Ein Probeflug ist bereits am 31. Juli veranstaltet worden.

Der Landarbeiterstreik auf eine grobe Täuschung der Arbeiter zurückzuführen!

Der Landarbeiterstreik, durch den die Allgemeinheit in so unerhörter Weise geschädigt wird, ist darauf zurückzuführen, daß die Landarbeiter von ihren in der Stadt in Sicherheit sitzenden Führern, berufsmäßigen Agitatoren, über die wirkliche Lage der Dinge im Unklaren gelassen worden sind, natürlich nicht infolge eines Versehens, sondern in voller Absichtlichkeit. Ein Freund unseres Blattes teilt uns folgende Tatsachen mit:

Ich möchte nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, wie die ländlichen Arbeiter von ihren Vertretern in Posen über den wirklichen Vorgang im Unklaren gelassen sind. Am Montag, 31. Juli, wurde von den Arbeitgebern der Schiedsspruch, 50% Zulage, angenommen. Sie brachten diese Nachricht am Mittwoch, dem 2. August. Erst gestern, d. h. am Donnerstag, 3. August, erschien diese Nachricht in der „Prawda“, nachdem aber zunächst in tendenziöser Weise geschildert war, daß die Arbeitgeber bis Sonnabend abend nichts hätten zulegen wollen, der Schiedsspruch vom Montag und seine Annahme durch die Arbeitgeber sei zu spät erfolgt, der Streik hätte nicht mehr aufgehalten werden können. **Das ist eine grobe Lüge.** Wenn die Posener Drahtzieher gleich Montag oder Dienstag den Vertretern in den Kreisstädten mitgeteilt hätten, daß die Arbeitgeber den Schiedsspruch mit 50% angenommen hätten, mit der Weisung, dies den Arbeitern wissen zu lassen, so wäre es nie zum Streik gekommen, denn unsere Leute wollten garnicht streiken. Am Mittwoch, **als der Streik ausbrach, wußte kein Mensch etwas von den 50% Zulage,** die bewilligt waren. Erst gestern, Donnerstag, bringt die „Prawda“ diese Nachricht, woraus hervorgeht, daß die **Arbeitervertreter in Posen allein Schuld an diesem Streik haben,** da sie böswillig die Bekanntgabe von der bewilligten Zulage verschwiegen haben, denn sie wußten, sonst wäre es nie zum Streik gekommen. Die Behauptung, daß der Schiedsspruch am Montag zu spät gekommen sei, da der Streik am Sonntag mit 90% beschlossen wurde, ist eine Unwahrheit, denn bei gutem Willen konnte der Streik noch zweimal abgeblasen werden. Das Verhalten der Arbeitervertreter kann nicht genug gegeißelt werden, sie allein, **nicht unsere Arbeiter haben den Streik auf dem Gewissen.** Auf sie fällt nun der Fluch der Brotverteuerung für die Städter und überhaupt jeder anderen Teuerungswelle, die auf diesen Streik folgen muß. Die Arbeitervertreter stehen auf dem Standpunkt, daß sie nun in der Ernte die Hand an der Gurgel der Arbeitgeber hätten, daß sie nun ordentlich zudrücken müßten, um zu erpressen, was sie haben wollen, denn je höher der Lohn der Arbeiter, um so größer ihr Verdienst. Daß aber dieser Griff an die Gurgel ein Griff an die Gurgel des ganzen Volkes bedeuten kann, das kann nicht scharf genug vor aller Öffentlichkeit betont werden.

*

Der Landarbeiterstreik hat übrigens mit dem heutigen Sonnabend noch schärfere Formen angenommen, indem die Landarbeiter teilweise in den „schwarzen Streik“ eingetreten sind und die **Viehfütterung, das Melken der Kühe usw. eingestellt** haben. Die Gefahr für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln wächst dadurch natürlich ins Ungemessene. Sollte es keine Mittel geben, die Allgemeinheit vor den unübersehbaren Folgen dieser Gefahr zu schützen?

*

Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband teilt über die Streiklage folgendes mit:

Auf einer erheblichen Anzahl von Gütern wird gestreikt, während auf zahlreichen anderen die Arbeit ruhig fortgesetzt wird. Auf anderen wird mit zur Hilfenahme städtischer Arbeitsloser der Betrieb aufrecht erhalten. Sollten gegen diese irgendwelche Terrorakte unternommen werden, so ist unverzüglich den Starosten Meldung zu machen, bzw. die Hilfe der Polizei herbeizurufen.

Wir bitten unsere Mitglieder auf jeden Fall, jegliche direkte Lohnverhältnisse mit den Arbeitnehmern oder deren Organisation abzulehnen und keinerlei Zugeständnisse, welche über den Schiedsspruch hinausgehen, zu machen. Jeder Verstoß hiergegen ist als ein Bruch der Solidarität anzusehen und aufs allerschärfste zu verurteilen.

Wie festgestellt wurde, sind die Arbeiter zumeist darüber nicht aufgeklärt, daß die Arbeitgeber gewillt sind, 50 Prozent Zulage zu bewilligen. Es ist ihnen dieses erneut zu eröffnen und ihnen auch mit Rücksicht darauf, daß nach zuletzt eingelaufenen Nachrichten bereits auf mehreren Gütern

die Arbeit wieder aufgenommen wurde, der Abbruch des für sie völlig aussichtslosen Streiks anzuempfehlen.

Wir halten unbedingt an der Ansicht fest, daß eine Bezahlung der Streiktage unter keinen Umständen in Frage kommt.

Eine Unterredung des Ministers Olszowski mit der Presse.

Der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen hatte für heute, Sonnabend, vormittag 10 Uhr die hiesigen Pressevertreter zu einer Konferenz im Schloß einberufen, an der auch ein Vertreter unseres Blattes teilnahm. Der Minister erteilte Aufklärung über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen und beantwortete verschiedene ihm von den Pressevertretern gestellte Fragen. Wir werden das Ergebnis der Besprechung in einer der nächsten Nummern unseres Blattes veröffentlichen.

Das kommende Mietsschutzgesetz.

Der Rechtsausschuß des Sejm hat die Beratungen über die Novelle zum Mieterschutzgesetz beendigt. Die Novelle wurde im ganzen angenommen. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle sind:

Die Multiplikatoren für das 4. Vierteljahr des Jahres 1922 werden, wie folgt, erhöht: Für Wohnungen bis zu sechs Zimmern das 30fache der Mietssätze des Jahres 1914; bei mehr als 6 Zimmern das 60fache, für Hotels, Pensionate das 50fache, für Läden und Industrieanstalten das 80fache. Dazu kommen noch die Leistungen, die in Art. 5 des Gesetzes vorgesehen sind, außerdem vollkommener Unterhalts des Auffehens und Fahrstuhlgebühren.

Vom Jahre 1923 ab soll der freiwillige Vertrag gelten; wenn ein solcher nicht zustande kommt, wird der Multiplikator von den Mietskommissionen festgesetzt. Dem Mieterschutzgesetz unterliegen nicht: Dienstwohnungen, Bankkontore, Baracken, in Pacht gegebene Hotels, verpachtete Fabriken, Häuser, die nach dem 1. Juli 1919 gebaut wurden, auch die, die nach diesem Zeitpunkte umgebaut worden sind. Das Gesetz führt die vollkommen neue Vorschrift ein, die auf 5 Jahre hinaus verbietet, Wohnungsräume für andere Zwecke umzubilden. Das Gesetz gilt in ganz Polen mit Ausnahme von Polnisch-Oberschlesien, und tritt mit dem 1. Oktober ab in Kraft. Außerdem wurde der Verbesserungsantrag des Abg. Grzędzielski angenommen, der besagt, daß die Vorschriften über die Vertragsfreiheit rückwirkend vom 1. Juli gelten sollen.

Wohlverstanden: es handelt sich bei vorstehenden Ausführungen um Vorschläge des Rechtsausschusses. Voraussetzung für das Inkrafttreten des neuen Mieterschutzgesetzes zum 1. Oktober d. Js. ist die noch ausstehende Annahme des Gesetzes durch den Sejm selbst.

Das Gustav Adolf-Fest in Rawitsch.

Daß die diesmalige Jahresversammlung des Landesverbandes der Gustav Adolf-Stiftung am 21. und 22. August in Rawitsch stattfindet, geschieht auf Einladung der evangelischen Kirchengemeinde, die sich schon lange darauf freut, bei solcher Gelegenheit den auswärtigen Festgästen ihr schönes Gotteshaus zeigen zu können. Dieses ist bekanntlich während des Krieges aus Schutt und Asche neu erstanden und noch dazu viel herrlicher, als es schon vorher war. Hatte es schon früher insofern historischen Wert, als es im Posener Lande die einzige Kirche war, die vom Meister Langhans, dem Erbauer des Brandenburger Tores in Berlin, sowie mehrerer Gotteshäuser in Schlesien, erbaut worden ist, so hat der Künstler, der den Neubau leitete, der Architekt Klein aus Breslau, und der sich seiner Aufgabe in der hingebendsten Weise angenommen hatte, den Langhansschen Gedanken noch verstärkt, der besonders in dem Oval zum Ausdruck kommt, das im Innern durch 16 Säulen gebildet wird. Dazu trägt die Kirche deutlich das Gepräge, daß sie in schwerer Kriegszeit wiedererstanden ist, wo die Materialien schon recht knapp wurden; deshalb ist besonders viel Eisen- und Gipsbeton verwandt worden, sogar die Liedertafeln und auch das Orgelgehäuse, was gewiß einzig dasteht, ist aus Gipsbeton gefertigt worden. Abgesehen davon, daß das während des Krieges so herrlich wiedererstandene Gotteshaus ein wahres Wunder darstellt, so hat die Gemeinde noch besonders Veranlassung, sich zu freuen und dankbar zu sein, da ihr die großen Kirchbauschulden, die sie nach der Fertigstellung des Baues recht bedrückten, gerade durch die Hilfe des Gustav Adolf-Vereins fast ganz abgenommen worden sind. Dieser dankbaren Freude soll das Fest Ausdruck geben und wünscht sich die Gemeinde dazu viel auswärtige Gäste, die mit ihr diese Freude teilen möchten, eine Gelegenheit, die in dieser freudenarmen Zeit gewiß selten ist.

Was tut man, wenn man seine Eisenbahnfahrkarte verloren hat?

Daß man eine Fahrkarte verliert, kommt ziemlich oft vor. In der Regel findet sie sich bald wieder, und so hat man keine anderen Folgen zu empfinden als den Schreck über den erlittenen Verlust. Manchmal findet sie sich aber nicht wieder. Dann muß man eine Art Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird oder die Fahrkarte verloren hat und diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze vom Zuge bzw. von ihm zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht. Der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen, mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigsperre die Karte gehabt und ein anderer sie gesehen habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen, die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, sagt das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern ob er sie besessen habe. Dies sei durch den Zeugen bewiesen. Wer auf der Eisenbahn fährt, tut also gut, sich für alle Fälle eines Zeugen zu versichern und sich dann nicht etwa ins Bockhorn jagen zu lassen, wenn er die Fahrkarte verliert.

× **Polnisch-deutscher Wertbriefverkehr.** Nach einer Mitteilung der „Danz. Neuest. Nachr." sind vom 1. August an im Verkehr mit Polen Briefe mit Wertangabe bis zum Höchstbetrag von 1000 Franken unter den Bedingungen des Vereinsverkehrs angenommen. Die Sendungen dürfen mit Nachnahme nicht belastet sein, wohl aber ist Eilbestellung zulässig. Ob dieser Wertbriefverkehr umgekehrt von Polen nach Deutschland ebenfalls gilt, konnten wir bei den zuständigen Stellen nicht mit Sicherheit feststellen. Es ist aber eigentlich als selbstverständlich anzunehmen.

60jähriges Ehejubiläum. Am 10. August d. Js. feiert der Lehrer i. R. Ernst Brauer mit seiner Gattin, jetzt in Berlin-Niederschönhausen, Schloßallee 1, das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit. Brauer und seine Gattin sind Posener Kinder, im Kreise Wollstein geboren. Bis zu ihrer Auswanderung im Oktober 1920 wohnten sie in der Provinz Posen. Brauer war über 40 Jahre im Dienste, zuletzt fast 30 Jahre in Suchylas, Kr. Posen. Nach seiner Pensionierung 1906 zog Brauer nach Posen.

Wer verliert das Recht auf Renten? Wie die „Weichselpost" erfährt, verlieren die auf dem Wege des Dienstverfahrens ausgewiesenen Staatsbeamten alle Rechte auf Renten ohne Rücksicht darauf, ob sie vor dem Eintritt in den polnischen Staatsdienst schon vorher Rentenempfänger in den Teilungsstaaten waren oder auch ob sie das Rentenrecht auf Grund der Bestimmungen des Rentengesetzes vom 28. Juli 1921 erworben haben.

× **Die Wahlen zu den Aerztekammern** in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen finden am 10. Dezember d. Js. statt.

Uniformänderungen der Staatspolizei. In den nächsten Tagen wird ein Erlaß des Innenministers betr. Uniformierung und Bewaffnung der Staatspolizei veröffentlicht. Auf Grund dieses Erlasses werden höhere Polizeidienstteuer vom Unterinspektor aufwärts dunkelblaue Mützenbänder aus Samt, sowie blauseidene Aufschläge auf dem Kragen und ebensolche Uniformen und Mäntel tragen. Polizeidienstteuer, die dem Hauptkommando zugeteilt sind, tragen auf den Achselstücken die Buchstaben K. G. (Komenda Główna) und blaue Achselklappen, die auf dem Lande diensttuenden Beamten werden voraussichtlich mit Helmen versehen.

In der Sitzung des Kreisbauernvereins Posen am Dienstag wird der Vorsitzende auch über die Lage des Spiritusgewerbes berichten.

× **Verbrechern in die Hände gefallen** ist hier gestern ein aus Teschen zugereistes junges Mädchen namens Margarete Bąkowska, das hierher gekommen war, um sich einen Dienst zu suchen. Auf dem Bahnhofe näherten sich ihr zwei Männer, die in ihr wohl sofort die Unschuld vom Lande erkannt hatten. Sie versprachen, ihr einen Dienst zu verschaffen, verschleppten sie nach der Eichwaldstraße, vergingen sich an ihr in schmählicher Weise und raubten ihr einen Koffer, einen Mantel und ein Paar Schuhe und verschwanden.

× **Ein aus dem Zuchthause in Krone a. Br.** entsprungener Verbrecher namens Reinhold Dams aus Lodz wurde hier festgenommen.

× **Wegen Betrunkenheit festgenommen** wurden in der vergangenen Nacht kurz vor 12 Uhr ein Händler aus der ul. Długa 3 (fr. Langestraße), der sich lärmend in Wilda umhergetrieben hatte; ferner um 1 Uhr nachts ein Kellner aus dem Hause Św. Marcin 53 (fr. St. Martinstraße), der in der ul. Kantaka (fr. Bismarckstraße) die Ruhe gestört hatte; weiter zwei holde Vertreterinnen des schönen Geschlechts, und zwar eine taubstumme Schneiderin aus der ul. Philipińska 6 (fr. Philipinnerstraße), die vollständig bezecht im Torwege des Hauses Wallischei 70 aufgefunden wurde; ferner ebenfalls auf der Wallischei eine Witwe, die dort Lärm gemacht hatte.

× **Durch Einbruch** wurden aus einer Wohnung des Hauses ul. Bukowska 15 (fr. Bukerstraße) Herren-, Damen- und Kinderkleidung, sowie Wäschestücke im Werte von 137 000 M. gestohlen.

× **Festgenommen** wurde auf dem Bahnhofe als verdächtig ein Mann, namens Stanislaus Nitschke, der sich dort zwecklos umhertrieb und nirgends gemeldet ist.

---

* **Bojanowo,** 3. August. Nachdem die hiesige Gasanstalt wegen Vornahme von Reparaturen schon vor Monaten die Gasabgabe eingestellt hat, ist diesem schönen Beispiel jetzt auch das hiesige Elektrizitätswerk gefolgt.

* **Rawitsch.** 4. August. Die „Raw. Ztg." schreibt: Der Butterpreis ist in Rawitsch glücklich auf 1500 Mark das Pfund angelangt. Dieser enorme Preis wurde bereits gestern in einem hiesigen Geschäft verlangt und mußte auch heut auf dem Wochenmarkt bezahlt werden, nachdem einige Glückliche frühzeitig das Pfund noch mit 1200 Mark erstanden hatten. Es wäre ja auch vom Uebel, wenn die Kleinstadt hinter der Großstadt Posen zurückbleiben würde! (Glückliches Rawitsch, in der Stadt Posen zahlt man bereits seit Donnerstag 1600 Mark für das Pfund Butter! Schriftltg. des „Pos. Tagebl.")

* **Bromberg,** 4. August. Ein frecher Einbruch wurde in der Schule von Ciele, Kreis Bromberg, verübt. Die Diebe wurden von dem erwachenden Lehrer Mielke durch Schüsse vertrieben, nahmen aber doch Gold- und Silbersachen im Werte von 500 000 M. mit. Die Einbrecher besaßen noch die Frechheit, in der nächsten Nacht einen Zettel an die Haustür zu stecken, daß sie ein zweites Mal kommen wollten, um sich mehr zu holen!

* **Thorn,** 2. August. Der stellvertretende Thorner Oberförster Nowak ist verhaftet worden. Es sollen falsche Buchungen festgestellt worden sein. Außerdem werden ihm Schiebungen, unberechtigter Austausch von staatlichem Holz gegen Lebensmittel und dergleichen zur Last gelegt. Sämtliche Forstbeamten sind durch die Forstdirektion der Wojewodschaft vernommen worden. — Die Neuwahlen zum Magistrat sind nunmehr vom Verwaltungsgericht der Wojewodschaft bestätigt worden; die Bestätigten sind seit einigen Tagen bereits im Amte. Noch nicht eingegangen ist die Bestätigung des Fabrikbesitzers Doehn. Landwirtschaftskammersyndikus Dąbrowski hat die Wahl nicht angenommen. — Ein schreckliches Unglück hat die Familie Paul Kruszewski betroffen, die an der Graudenzer Str. 69 wohnt. K. bewahrte aus dem Feldzuge ein 7,5 Millimeter-Artilleriegeschoß auf, das er für einen Ausbläser hielt. Zufällig geriet das Geschoß in den Ofen mit Papieren und anderem Kehricht. Plötzlich trat eine schreckliche Explosion ein, durch die Kruszewski und seine Frau stark verletzt wurden; auch sind beträchtliche Schäden in der Wohnung entstanden. Die beiden Eheleute mußten sofort ins Krankenhaus abgefahren werden; die Wohnung wurde bis zur Untersuchung versiegelt.

* **Graudenz,** 1. August. In der Nacht zum Sonntag drangen Diebe in das Geschäft von Richard Hein am Markt ein und brachen die Kasse auf. Groß war ihr Erstaunen, als sie nach mühseliger Arbeit nichts vorfanden. Sie nahmen alsdann Waren für 2 Millionen Mark mit. — Die Folgen der Einführung des Tabakmonopols machen sich seit einiger Zeit hier bemerkbar. Einige Tabakgeschäfte haben schon zur Hälfte ihre Tabakvorräte ausverkauft und z. B. mit Tuchwaren, Schirmen, Aktenmappen sowie Taschen ihre Ausstellungen belegt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 1. August. Hier ging ein Fräulein Natalie Paulus vier Tage vor der Hochzeit in die Kirche in der Chlodnastraße zur Beichte. Während der Messe kniete neben ihr eine ältere, grauhaarige Frau, die sich nach dem Gottesdienst an die Paulus heranmachte, sie fragte, ob sie von auswärts wäre und ihr dann einen Geistlichen zeigte, bei dem es sich sehr gut beichte. Die Paulus kniete an dem Beichtstuhl nieder, hinter ihr die „fromme" Frau. Auf das gegebene Zeichen des Geistlichen legte die P. den Kopf an das Beichtfenster. Ihre große neue Tasche aus Krokodilleder mit 70 000 Mark Bargeld, einem Meldungsauszug zur Trauung, Geburtsschein sowie verschiedene Kleinigkeiten, legte sie unter den Mantel auf die Stufen des Beichtstuhles. Während der Beichte zog die hinter ihr kniende „fromme" Frau die Paulus am Kleide, um die Füße zu verdecken, was die Beichtende gar nicht beachtete. Nach der Beichte, als die Paulus mit der Hand nach der Tasche langte, um daraus den Zettel zu entnehmen, den der Geistliche als Beweis der ersten Beichte der Braut unterzeichnen sollte, stellte sie mit Schrecken fest, daß die Tasche verschwunden war. Mit der Tasche war auch die „fromme" Alte verschwunden.

Aus Ostdeutschland.

* **Deutsch-Krone,** 1. August. Aus dem Gefängnis entwichen ist der Wirtschaftsinspektor Josef Klawitter aus Neu-Stüdnitz, der sich wegen schwerer Urkundenfälschung seit 14 Tagen im hiesigen Untersuchungsgefängnis befand. K. hat einen unbewachten Augenblick aus dem Gefängnishofe zur Flucht benutzt.

* **Marienburg,** 1. August. Auf furchtbare Weise suchte kürzlich ein anscheinend aus Berlin stammendes Ehepaar den Tod. Das Ehepaar benutzte den um ½7 Uhr früh in Marienburg ankommenden Nachtschnellzug. Bald nachdem die Station Konitz passiert war, stürzte sich die Frau aus dem Zuge, und einige hundert Meter weiter sprang der Mann nach. Der Vorfall wurde sofort bemerkt und der Zug zum Stehen gebracht. Die Leichen, von denen die der Frau fast unkenntlich verstümmelt war, wurden eingeholt und in Dirschau abgesetzt. Über die Gründe, die die unselige Tat reifen ließen, ist nichts bekannt.

* **Königsberg i. Pr.,** 1. August. Beim Aufspringen auf den fahrenden Zug tödlich verunglückt ist in Neukuhren bei der Abfahrt eines Zuges ein Herr Norrmann aus Tilsit. Er geriet, als er auf den bereits fahrenden Zug aufspringen wollte, unter die Räder des Zuges, die ihn erfaßten, töteten und stark verstümmelten.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt.

* **Bromberg,** 3. August. Die „Deutsche Rundschau" berichtet: Am 29. November v. Js. wurden auf der Chaussee von Bromberg nach Jägerhof früh um 5 Uhr die auf einer Landfahrt befindlichen beiden Fleischer Wejna und Jasiński von mehreren Männern überfallen, ermordet und ihres Geldes beraubt. Über die Einzelheiten haben wir seinerzeit eingehender berichtet. Es gelang der Kriminalpolizei bald, die Verbrecher zu ermitteln und festzunehmen, worüber wir damals ebenfalls berichteten. Am 1. August begann nunmehr der Mordprozeß vor dem hiesigen Bezirksgericht (verstärkte Strafkammer) und wurde gestern beendet.

Der Haupttäter Szymański wurde zum Tode, seine Frau zu sieben Jahren schweren Kerkers (Zuchthaus) verurteilt. Beide legten sofort Berufung gegen das Urteil ein. Ferner wurde der Angeklagte Peter Hermann zu 15 Jahren schweren Kerkers (Zuchthaus), dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter polizeiliche Aufsicht, der Angeklagte Witek zu drei Jahren einfachen Kerkers (Gefängnis), Stellung unter polizeiliche Aufsicht und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

= **Wenn man sich Witze aufschreibt.** Aus Berlin wird berichtet: Einem mehr als als eigenartigen Spiel des Zufalls hat es der Kaufmann Otto Heims zu verdanken, daß er über zwei Monate unter dem Verdacht, Mitglied einer internationalen Falschmünzerbande zu sein, in Untersuchungshaft sitzen mußte. Heims hatte sich in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Willy Wolczek vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter der Anklage der Verausgabung falscher Fünfzigmarkscheine zu verantworten. Die beiden Angeklagten wurden vor einiger Zeit verhaftet, als sie versuchten, zwei falsche Fünfzigmarkscheine zu verausgaben. Beide erklärten, daß sie die Scheine selbst in Zahlung erhalten hätten. Beide wären auch sofort wieder entlassen worden, wenn die Polizei bei Heims nicht ein Notizbuch gefunden hätte, in welchem die ominösen Worte standen: „Kapitän Bouillon, 20 000 Mark, Freisprechung, drei Jahre Zuchthaus." Da die Falschgeldstelle des Polizeipräsidiums mitteilte, daß ein „Kapitän Bouillon" einer der bekanntesten internationalen Falschmünzer sei, tauchte der Verdacht auf, daß beide Angeklagte mit dieser Falschmünzerbande in Verbindung ständen. Die Ermittelungen nach dieser Richtung hin fielen jedoch ergebnislos aus. Die verdächtigen Worte fanden schließlich eine ebenso harmlose wie unvermutete Aufklärung. Heims hatte einige Tage vor seiner Verhaftung den Witz von dem Kapitän gehört, der in einem Restaurant eine wässerige Tasse Bouillon vorgesetzt bekam und erklärte, er habe nie gewußt, daß er sein ganzen Leben auf „Bouillon" gefahren sei. Bezüglich der übrigen „ominösen" Worte handelte es sich um den Mark Twainschen Scherz von den bestochenen Geschworenen, die eigentlich freisprechen wollten, aber, da um eine milde Verurteilung gebeten worden war, den Angeklagten verurteilten. — Auf Grund dieses Sachverhalts kam das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten Wolczek und der Verurteilung des Heims zu 300 Mark Geldstrafe.

= **Eine interessante Gerichtsentscheidung.** Der Firma St. in Schlawe wurden vom Wohnungsamt Räume beschlagnahmt, in der Angestellte der Firma untergebracht waren. Dieser blieb nun nichts weiter übrig, als die Angestellten in einem Hotel unterzubringen. Vor kurzem wurde die Sache vor dem Landgericht in Stolp verhandelt, das entschied, daß die Stadt Schlawe die Kosten für die über ein Jahr währende Unterbringung sowie die Kosten des Rechtsstreites zu tragen hat. Der Stadt Schlawe erwächst dadurch ein Schaden von etwa 30 000 M.

Sport und Jagd.

„Pogoń" fährt heute nach Lodz, um dort gegen die „Touristen" und gegen „Siła" zu spielen. Die Touristen dürften wiederum verlieren. Das letzte Wettspiel zwischen „Pogoń" und den „Touristen" ist 4:1 zugunsten der Posener verlaufen. „Siła" gehört zwar der B-Klasse an, soll aber stärker sein als die „Touristen". Die Reise von „Pogoń" nach Lodz steht gemeinsam mit der Einweihung eines Sportplatzes von „Siła" und den „Touristen" im Zusammenhang.

Ruderregatta. Der hiesige Ruderklub „Tryton" veranstaltet am Sonntag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, anläßlich des 10jährigen Bestehens ein Wettrudern zwischen dem „Klub Wioślarski" aus Posen und seinen eigenen Mannschaften. Es starten: 1 Einer, 2 Zweier, 2 Vierer und 1 Achter. Außerdem findet ein Distanzschwimmen in voller Feldausrüstung statt.

Der Sportklub „Zbyszko" veranstaltete am Donnerstag und Freitag schwerathletische Wettkämpfe, die im Garten des Restaurants „Boulevard", Plac Nowomiejski (fr. Königsplatz), stattfanden. Man konnte die Beobachtung machen, daß das Interesse für diesen Sportzweig in der letzten Zeit gewachsen ist. Die Veranstaltung am Freitag war gut besucht. Das Programm umfaßte Gewichtheben und Amateurstücke, Ringkämpfe, Übungen am Trapez und Boxkämpfe. Von den Amateurstücken seien erwähnt: Das Zerbrechen eines 8-zölligen Nagels, Heben einer Keule von 110 Pfund in Brückenlage und das Balanzieren von 4 ineinander geschachtelten Stühlen auf dem Kinn. Bei den Ringkämpfen traten 6 Paare auf. Den längsten und in technischer Beziehung wohl den schönsten Kampf lieferten Moczyński und Marjański. Nach abwechslungsreichem Kampfe legte ersterer den technisch besseren Marjański in der 16. Minute auf beide Schultern. Vollkommene Trapezübungen zeigten in der Pause vor den Boxkämpfen Marjański, Szczepaniak und Jasicki. Von den 3 Boxkämpfen, die den Schluß bildeten, war der spannendste Kampf das Treffen zwischen Szumnarski und Ertmański. Ersterer vorwiegend defensiv, der andere ungestüm angreifend. Nach äußerst interessantem Kampfe siegte Ertmański in der 10. Runde.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung)

Gegenüber den Ausführungen des „Eingesandts" in Nr. 171 des „Pos. Tagebl.", erkläre ich hiermit, daß die dort angeführten Tatsachen nicht der Wirklichkeit entsprechen, und ich jederzeit bereit bin, den Wahrheitsbeweis hierfür zu erbringen.

Ein Gastwirt aus Kakulin.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. E. in L. 1. Unseres Erachtens sind Sie, da Sie selbst nicht Genosse der Molkerei sind, es auch nicht automatisch durch die Übernahme der väterlichen Wirtschaft geworden sind, zur Milchlieferung nicht verpflichtet. 2. Die Wirtschaft kann ohne weitere Formalitäten dem zweiten Sohne überschrieben werden, nachdem der erste amtlich für vermißt erklärt worden ist.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kania; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Ausländische Aktien- und Kommanditgesellschaften in Polen.

Von Dr. jur. R. Pretzel.

Vom Ministerium für Handel und Gewerbe wurde am 13. Juni d. Js. eine Verordnung erlassen zwecks Regelung der Tätigkeit ausländischer Aktien- und Kommanditgesellschaften in Polen. Diese Verordnung ist auf Grund des polnischen Gesetzes vom 29. April 1919 und auf Grund des § 18 der preußischen Gewerbeordnung vom 22. Juni 1861 erlassen worden und erstreckt sich mit dem Tage der Verlautbarung auf das ganze Gebiet der polnischen Republik. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Verordnung ist es von Interesse, sich mit den wesentlichen Bestimmungen vertraut zu machen.

Die Verordnung enthält 17 Paragraphen, und es ist laut § 1 dem Ministerium für Handel und Gewerbe die ausschließliche Befugnis erteilt worden, ausländischen Aktien- und Kommanditgesellschaften die Genehmigung zur Entfaltung ihrer Tätigkeit in Polen zu erteilen. Zu diesem Zwecke müssen seitens der Gesellschaften ausführliche Gesuche mit Dokumenten belegt (Statuten und Höhe des Kapitals) eingereicht werden. Sämtliche Belege müssen ins Polnische übersetzt und von der zuständigen polnischen Vertretungsbehörde im Auslande beglaubigt werden, wobei auch eine Bescheinigung derselben zuständigen polnischen Vertretungsbehörde beigebracht werden muß, daß auch polnische Aktiengesellschaften auf Grund des Reziprozitätsprinzips den inländischen Gesellschaften in bezug auf die Entfaltung ihrer Tätigkeit gleichgestellt sind.

Die auf Grund einer solchen vom Minister für Handel und Gewerbe erteilten Bewilligung gegründeten Aktien- und Kommanditgesellschaften sind verpflichtet, eine besondere Buchführung in polnischer Sprache zu führen; die Erhöhung des Kapitals, Emission von Obligationen ist von der Einholung einer besonderen Genehmigung abhängig. Versicherungs-Aktiengesellschaften sind außerdem noch verpflichtet, eine Kaution zu erlegen, deren Höhe noch eine spezielle Verordnung regeln wird. Im Sinne des § 14 kann eine bereits erteilte Genehmigung zurückgezogen werden, wenn:

a) der Staat der betreffenden ausländischen Aktiengesellschaft in seinem Bereiche nachteilige Bestimmungen für polnische Gesellschaften erlassen wird.

b) wenn eine ausländische Aktiengesellschaft in Polen die Bestimmungen dieser Verordnung nicht beobachten oder den in Polen geltenden Gesetzen und Bestimmungen zuwiderhandeln wird.

Ganz eingehend wird die Tätigkeit solcher Gesellschaften geregelt, die bereits noch vor dem 1. November 1918 in den jetzigen polnischen Gebieten gegründet worden sind, und zwar können solche Gesellschaften, die vor dem 1. November 1918 ihren Sitz in einem der früheren Okkupationsstaaten, jedoch außerhalb des jetzigen polnischen Gebietes hatten und ihre Tätigkeit noch jetzt entfalten, weiter tätig sein, wenn ihnen vom Minister für Handel und Gewerbe von neuem eine Genehmigung erteilt wird; sollten aber diese Gesellschaften innerhalb sechs Monaten vom Tage der Verlautbarung dieser Verordnung um Erteilung einer solchen Genehmigung nicht nachgesucht haben, verlieren sie das Recht zur Ausübung ihrer Tätigkeit im Bereiche der polnischen Republik. Dagegen haben Gesellschaften, die vor dem 1. November 1918 ihren Wohnsitz außerhalb des jetzigen polnischen Gebietes hatten und auf Grund der ihnen seitens der Okkupationsstaaten erteilten Genehmigung als ausländische Gesellschaften ihre Tätigkeit ausgeübt haben, das Recht, ohne besondere neue Genehmigung des Ministers ihre Tätigkeit weiter in Polen auszuüben, wenn sie innerhalb sechs Monaten vom Tage der Verlautbarung dieser Verordnung erklären, daß sie die Bestimmungen dieser Verordnung beobachten und innerhalb weiterer sechs Monate diese Bestimmungen erfüllen werden. Diese Verordnung ist am 15. Juli d. Js. in Kraft getreten und erstreckt sich auf das ganze Gebiet der polnischen Republik. („B. T.")

Das Kleinbahnwesen in Polen.

Der Ingenieur Kozakiewicz hat dem Mitarbeiter der „Agencja Wschodnia" (Ost-Telegraphenagentur) folgende Angaben über den Stand und die Pläne auf dem Gebiete des Kleinbahnwesens gemacht: Zu allgemeinen Zwecken haben wir in staatlicher Verwaltung ungefähr 2200 Kilometer Kleinbahngleis, in privater und kommunaler Verwaltung ungefähr 1000 Kilometer. Der größere Teil der Kleinbahnen ist zu Zeiten der Okkupation gebaut worden. Der Bau dieser Eisenbahnen diente strategischen Zwecken und spielte bei der Ausfuhr von ersten Bedarfsartikeln aus Polen eine große Rolle. Die Okkupanten gaben diesen Bahnen, als sie sie zu strategischen Zwecken bauten, eine Richtung, die die Gesamtgestalt des Industrielebens der betreffenden Gegenden nicht voll berücksichtigte; mit Rücksicht auf die Hintansetzung Kongreßpolens Rücksicht auf die außergewöhnliche Hintansetzung Kongreßpolens und der Grenzmarken in verkehrstechnischer Hinsicht spielen jedoch diese Bahnen eine große Rolle, wovon die Anzahl der beförderten Personen und Waren zeugt (im Jahre 1921 waren es eine Million Tonnen Waren und ungefähr 2 Millionen Personen). Das Eisenbahnministerium ist sich wohl dessen bewußt, daß die Kleinbahnen in Abhängigkeit von den örtlichen Bedürfnissen und Bedingungen verbleiben müssen. Die Verwaltung der Kleinbahnen muß mit der örtlichen Bevölkerung in enger Fühlung stehen und ihre Bedürfnisse genau im Auge haben, was um so leichter möglich ist, wenn sich die betreffende Bahn in privater oder kommunaler Verwaltung befindet. Deshalb will das Eisenbahnministerium die Kleinbahnen verpachten. Gegenwärtig werden Verhandlungen darüber geführt. Was den Bau von neuen Kleinbahnstrecken betrifft, so sind entsprechende Pläne vorhanden, die nach Maßgabe der Möglichkeit verwirklicht werden sollen. Außerdem ist eine große Privatinitiative im Bau von Kleinbahnen zu bemerken, welche privaten Bedürfnissen, wie zum Beispiel von Zuckerfabriken und anderen Fabriken dienen sollen. Überhaupt hat das Kleinbahnwesen bei uns eine große Zukunft, besonders wenn man die Baukosten dieser Bahnen in Erwägung zieht, die dreimal billiger sind, als die Kosten der Normalspurbahnen.

Wirtschaftliche Folgen der Teilung Oberschlesiens.

Die Wiener „Neue Freie Presse" schreibt: Die Übergabe Oberschlesiens an Polen vollzieht sich, wie vorauszusehen war, nicht ohne weitreichende Folgen. Schon bisher war die oberschlesische Kohlenproduktion etwas schwächer als in den Vormonaten und die Ausfuhr von Kohle ließ zu wünschen übrig. Auch in bezug auf die Eisenausfuhr ist zu konstatieren, daß zum Beispiel österreichische Maschinenfabriken in letzter Zeit aus Oberschlesien nur ganz geringe Mengen von Gießereiroheisen erhalten konnten, so daß sie neben tschechischem Roheisen auch französisches Gießereiroheisen bezogen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf die Kohlenversorgung Österreichs. Auch in diesem Belange wird vielfach zur Verwendung von Saarkohle gegriffen, um den Ausfall an oberschlesischen Steinkohlen wettzumachen. Die Verbraucherkreise Österreichs rechneten bei der Tätigung von Schlüssen in Saarkohle wohl im vornherein mit einer Unterbrechung der Kohlenbezüge aus Oberschlesien. Gießereiroheisen wird die verarbeitende Industrie Österreichs in nächster Zeit aus Deutschland und Oberschlesien überhaupt kaum beziehen können. Die westdeutschen Eisenwerke sind selbst gezwungen, große Mengen von Roheisen aus Luxemburg, dem Saarlande und aus Frankreich zu importieren. Die französische Regierung gewährt für die Ausfuhr von Eisen den Erzeugern beträchtliche Ausfuhrbonifikationen, um den Export an Eisen, der in ständiger Zunahme begriffen ist, möglichst zu fördern. Noch einschneidendere Wirkungen wird die Angliederung Oberschlesiens an Polen für die tschechische Montanindustrie im Gefolge haben. Polen ist sodann das reichste Kohlenland Europas und wird naturgemäß tschechische Kohle kaum mehr benötigen. Auch die tschechische Eisenindustrie, namentlich die schlesische, wird das polnische Absatzgebiet zum Teil verlieren, denn die oberschlesische Eisenindustrie ist nicht nur imstande, ganz Polen zu versorgen, sondern darüber hinaus noch zu exportieren. Um der oberschlesischen Großindustrie erfolgreich entgegentreten zu können, müßten die Preise für tschechisches Eisen wesentlich herabgesetzt werden. Auch die Deckung des Maschinenbedarfes Polens haben die oberschlesischen Maschinenfabriken an sich gerissen. In landwirtschaftlichen Maschinen, in welchen der Bedarf Polens am größten ist, hat die oberschlesische Industrie in letzter Zeit aus Polen so umfangreiche Bestellungen erhalten, daß wohl weder aus Kongreßpolen noch aus Galizien größere Kontingente in landwirtschaftlichen Maschinen künftig in der Tschechoslowakei bestellt werden dürften. Da Oberschlesien auch über sehr leistungsfähige Gießereien und Konstruktionswerkstätten verfügt, dürfte durch die Angliederung des Reviers an Polen ein großer Teil der tschechischen Schwerindustrie ihr nächstgelegenes und aussichtsreichstes Absatzgebiet verlieren.

Vom Oberschlesischen Eisenmarkt.

Die völlig unklaren Verhältnisse, die sich jetzt in dem zerrissenen Oberschlesien bemerkbar machen, haben auch dem oberschlesischen Eisenmarkt einen großen Teil seiner Zuversichtlichkeit genommen. Die Grenzschwierigkeiten halten nach wie vor an. Man spürt die Kohlenknappheit bereits derartig, daß außerordentlich bedenkliche Aussichten für die Weiterführung der einzelnen Betriebe bestehen. Wenn die Industriewerke in Gang erhalten werden wollen, wird man noch mehr als bisher auf den englischen Kohlenbezug zurückgreifen müssen. Eine Besserung würde nur dann in Frage kommen, wenn sich die Bergleute in Oberschlesien dazu verstehen würden, wieder Überschichten zu fahren. Daran ist aber im Augenblick nicht zu denken. Wegen des Mangels an Bildungen für die Belegschaften können auch neue Arbeitskräfte, die imstande wären, die Produktion entsprechend zu vergrößern, nicht herangeholt werden. In der Eisenindustrie war der Auftragseingang bis in die letzte Zeit hinein verhältnismäßig befriedigend, doch können größere Bestellungen nicht entgegengenommen werden, weil sich ein außerordentlicher Mangel an geeigneten Facharbeitern bemerkbar macht. An Beschäftigung würde es, wie gesagt, nicht fehlen. Roheisen, Formeisen, Walzeisen usw. werden nach wie vor stark begehrt. Die Beschaffung von Rohmaterial, namentlich die Erzbeschaffung aus dem Auslande, hat sich wegen des weiteren Steigens der ausländischen Devisen beträchtlich verteuert. Bei der fortwährend schwankenden Wirtschaftslage können größere Aufträge auf längere Zeit nicht abgeschlossen werden, weil man die Berechnung der Selbstkosten für längere Zeit unter Umständen nur mit Verlust vornehmen kann. Größere Aufträge aus dem Ausland liegen vom Balkan und aus den Nordstaaten, besonders Schweden vor, die ununterbrochen mit der oberschlesischen Eisenindustrie in Verbindung stehen. In letzter Zeit haben auch die östlichen Länder größere Bestellungen gemacht. Die Verbraucher werden solange mit einem weiteren Steigen der Eisenpreise rechnen müssen, wie das von Woche zu Woche erfolgende Anwachsen aller Selbstkosten anhält. Da die oberschlesische Eisenindustrie längst die Vorteile erkannt hat, die sich in einer gut entwickelten Maschinenindustrie bieten, so unterstützt sie sie in jeglicher Weise. Infolge davon hätte diese Industrie reichliche Beschäftigung. Die Aufträge aus Rußland haben stark zugenommen, sie werden aber nur so weit ausgeführt, wie ausreichende Sicherheiten gegeben werden können. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie tritt starke Nachfrage des Auslandes ein, und zwar werden hier Preise geboten, die den Werken selbst unter Berücksichtigung des Valutarisikos immer noch recht gute Gewinne belassen.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Das Statut der Posener Kreditlandschaft.** Im „Dziennik Ustaw" Nr. 57 vom 28. Juli d. Js. ist eine Verfügung über das Statut der Posener Kreditlandschaft veröffentlicht worden. Auf Grund dieser Verfügung ist das Statut der Posener Kreditlandschaft, der früheren Posener Landschaft, bestätigt worden. Das Statut bestimmt, daß die Posener Kreditlandschaft eine Vereinigung von Besitzern von Landgütern in der Wojewodschaft Posen ist, die den Zweck hat, Realkredit für seine Mitglieder im Sinne des Statutes zu erlangen. Die Landschaft ist eine juristische Person und hat ihren Sitz und ihr zuständiges Gericht in Posen. Die Kreditlandschaft ist berechtigt, zwecks Erlangung von Fonds, die zur Belastung des Vermögens von Personen nötig sind, die eine Anleihe zu erhalten wünschen, Obligationen für den Vorzeiger unter dem Namen „Nowy list zastawny Poznańskiego Ziemstwa Kreditowego" (Neuer Pfandbrief der Posener Landschaft) mit einem Prozentsatz von 4 oder 3½ je nach Antrag des Petenten auszustellen.

= **Erhöhung des Äquivalents des Goldfranks.** In Nr. 56 des „Dziennik Ustaw" vom 26. Juli ist eine Verfügung über die Erhöhung des Äquivalents des Goldfranks im Telegraphen- und Paketverkehr aus Polen nach dem Auslande veröffentlicht worden. Auf Grund dieser Verfügung wird für die Berechnung der Gebühren für Auslandstelegramme und der Gebühren im Paketverkehr aus Polen nach dem Auslande folgendes Verhältnis des Goldfranks zur polnischen Mark festgesetzt: Ein Goldfrank = 1100 polnische Mark. Diese neue Kursberechnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft und gilt im ganzen Gebiet der Republik Polen mit Ausnahme der oberschlesischen Gebiete der schlesischen Wojewodschaft.

= **Der Kohleneinkauf in Oberschlesien.** Um die Kohlenkaufmannschaft zu unterstützen und diesen Handelszweig zu sanieren, hat sich in Kattowitz (Friedenstraße 2) der Polnische Verband von Kohlenkaufleuten der Wojewodschaft Schlesien gebildet. Der Verband hat ein Kohleneinkaufsamt für seine Mitglieder und die Verteilung der zuerkannten Kohlenkontingente, sowie der daraus erzeugten Produkte, Koks, Briketts und Gaserzeugnisse errichtet. Dem Amte liegt ferner die Kontrolle über den Geschäftsgang, die Inangriffnahme aller Vorbereitungsarbeiten zur Erlangung neuer Absatzmärkte und die Erteilung von Informationen ab.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

Die neue österreichische Notenbank.

Die Statuten der neuen Notenbank enthalten die Bestimmung, daß die Bundesregierung die materiellen Mittel der Bank in keiner Weise für die Zwecke des Staates in Anspruch nehmen darf, ohne den Gegenwert in Geld und Devisen zu leisten. Die neue Notenbank, welche den Titel Österreichische Notenbank führen wird, ist verpflichtet, den gesamten Notenumlauf und die Giroverbindlichkeiten der österreichischen Geschäftsführer der Österreichisch-ungarischen Bank zu übernehmen. Von entscheidender Bedeutung sind die Bestimmungen über die Deckung der umlaufenden Noten. Man hat sich auf das Prinzip der Deckung zu einem Drittel geeinigt, das vor dem Kriege auch in Deutschland und Frankreich in Geltung gewesen ist. In Zukunft darf der Wert der neuen Banknoten höchstens das dreifache des Wertes der vorhandenen Deckung ausmachen. Die Dauer des Notenprivilegiums ist vorläufig mit 20 Jahren bemessen. Die Bilanz der Österreichischen Nationalbank wird jedes Jahr am 31. Dezember abgeschlossen und in Schweizer Franken ausgewiesen. Das Aktienkapital der Bank beträgt 100 Millionen Schweizer Franken und ist in eine Million Aktien zu je 100 Schweizer Franken erlegt. Davon werden zunächst 60 Millionen Schweizer Franken zur Zeichnung aufgelegt. Die Republik garantiert der Bank die Unversehrtheit ihres Aktienkapitals in Schweizer Goldfranken.

= **Schweden auf der Leipziger Messe.** Der „Schwedische Allgemeine Exportverein", ein halboffizieller Zusammenschluß der bedeutendsten schwedischen Industriellen und Kaufleute, wird auf der Leipziger Herbstmesse durch seinen Vizedirektor, Herrn Bengt Ljungberger, vertreten sein. Herr Ljungberger steht Interessenten täglich zur Auskunfterteilung über schwedische Industrie- und Exportverhältnisse zur Verfügung.

= **Über die Geschäftslage in der deutschen Wäscheindustrie** wird aus Fachkreisen geschrieben: Die andauernde Währungsverschlechterung hat wie in den übrigen Zweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie insbesondere auch in der Wäschekonfektion zu einer starken Steigerung des Beschäftigungsgrades geführt. Die Betriebe sind durchweg für die nächsten Monate voll in Anspruch genommen. Die heftigen Schwankungen auf dem Baumwollmarkt erschweren die Disposition in der Wäscheindustrie, die zum größten Teil auf die Verarbeitung von Baumwollgeweben angewiesen ist, ganz außerordentlich. Die Stoffpreise stiegen von Woche zu Woche; sie haben sich innerhalb des letzten Monats allein um etwa 50 Proz. erhöht. In ähnlicher Weise sind auch die übrigen Materialien, Betriebskosten und Löhne gestiegen. Diese Teuerung erfordert die Investierung ganz bedeutender Kapitalien und verschärft die immer mehr hervortretende Geldknappheit. Die Nachfrage des Handels nach Wäschegegenständen aller Art ist andauernd sehr stark und übersteigt das Angebot und die Lieferfähigkeit der Industrie bei weitem. Die ständig und sprunghaft in die Höhe gehenden Preise nötigen zu schnellem Kauf, und auch im Publikum rechnet man nicht mehr mit billigeren Preisen. Angesichts des lange zurückgehaltenen Bedarfs macht sich das Bedürfnis nach Erneuerung der Wäschebestände in Verbraucherkreisen immer mehr geltend. Man kann trotz der hohen Preise vielfach eine Bevorzugung der besseren Qualitäten beobachten; hierin kommt das Bestreben zur Anschaffung von Gebrauchsgegenständen von dauerndem Wert zur Geltung. Die Teuerung geht mit Riesenschritten weiter. So wurde zum Beispiel in der letzten Generalversammlung der Berliner Wäschefabrik vorm. Gebr. Ritter A.-G. mitgeteilt, daß der Fabrikpreis für ein Dutzend Herrenkragen sich jetzt auf etwa 1000 Mk. stellt, also weit über das Hundertfache. Angesichts dieser gewaltigen Preisverschiebungen, die insbesondere auch in den Preisvorbehalten der Webereien zum Ausdruck kommen, ist das Risiko in der Wäscheindustrie außerordentlich gewachsen. Dementsprechend ist auch der Preisvorbehalt in den Konditionsabkommen des Verbandes deutscher Herrenwäschefabrikanten mit dem Reichsbund des Textilhandels vor kurzem abgeändert worden. Danach sollen Aufträge zwar grundsätzlich nicht freibleibend, sondern zu festen Bedingungen aufgenommen werden. Bei Anwendung des in den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen enthaltenen Preisvorbehalts sind jedoch die Mitglieder des Verbandes deutscher Herrenwäschefabrikanten berechtigt, für den Fall, daß sie nach Erteilung des Auftrages die Löhne im eigenen Betriebe des Herrenwäschefabrikanten auf Grund tariflicher Abmachungen erhöhen, die Preise der verkauften Waren, um die tatsächlichen Nettomehrausgaben für Löhne zu erhöhen. Hierbei gilt als Grundlage, daß eine tarifliche Lohnerhöhung von 5 Proz. zu einem Preisaufschlag von 2 Proz. berechtigt, wobei 1¼ Proz. zur Abgeltung von je 5 Proz. Lohnerhöhung im eigenen Betriebe des Herrenwäschefabrikanten dienen, während die restlichen ¾ Proz. nur in Anspruch genommen werden können für 5 Proz. in den Betrieben der Vorlieferanten (Weber und Ausrüster) erfolgter Lohnerhöhung, durch die außerdem die verkaufte Ware nachweislich verteuert wurde. Von besonderer Bedeutung bei diesem Abkommen ist die bedingte Ausdehnung des Preisvorbehalts auch auf die Lohnerhöhungen bei den Vorlieferanten der Wäscheindustrie. Das zwischen dem Einzelhandel und der Herrenwäscheindustrie bestehende Konditionsabkommen ist von seiten der Abnehmer zum 1. Oktober 1922 gekündigt worden. Verhandlungen über eine Neufassung der Vereinbarungen sollen demnächst beginnen.

= **Ausgabe neuen russischen Geldes.** Der Rat der Volkskommissare hat der russischen Staatsbank das Recht gegeben, zur Vergrößerung ihres Operationskapitals Schuldverschreibungen herauszugeben, von denen 25 Prozent des Nominalwertes durch Gold, ausländische Valuta und leicht realisierbare Waren gedeckt sind. Diese Schuldverschreibungen werden zu 100, 250, 500 und 1000 Goldrubeln ausgegeben und sollen später in Gold umgewechselt werden.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	3. August	4. August
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	160 + A	155 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	320—330 + N	330—335 + A
Bank Poznański	190—195 + N	—,—
Bank Przemysłowców (exkl. Kup.)	200—195 + A	200 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	340 + N	340—345 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	180 + N	185 + N
Wielkopolski Bank Rolniczy	—,—	180 +
R. Barcikowski	190 +	—,—
Browar Krotoszyński	—,—	1320 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	295—335 + N	330-345-340 + N
C. Hartwig	190 +	—,—
Hurtownia Drogeryjna	—,—	150 + A
Hurtownia Związkowa	130 +	—,—
Hurtownia Skór I.—II. Em.	240 +	—,—
Herzfeld-Viktorius	400—390 + N	400 + A
Juno	360 +	360 +
Dr. Roman May	960—965 + A	960 + A
Papiernia, Bydgoszcz	—,—	460 + N
Patria	470 + A	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	460 + N	—,—
Słoma	350 + A	325 +
Tkanina	350 +	—,—
Tri	190 + A	—,—
Bentzki I. Em.	—,—	570-575-560 + A
Waggon Ostrowo	—,—	205 + N

Auszahlung Berlin 890—8825—9. Umsatz: 9 641 000 dtsch. Mk Dollars 6570.

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Berliner Börsenbericht

vom 4. August.

Diskonto-Komm.-Anleihe	387.—	Polnische Noten	11.60
Danziger Priv.-Aktienbank	250.—	Auszahlung Holland	29 400.—
Ostbank	203.—	„ London	3380.—
Hartmann Masch.-Aktien	787.—	„ Neuyork	762.—
Phönix	1555.—	„ Paris	6150.—
Schuckert	802.—	„ Schweiz	14 150.—
Hapag	515.—	Koehlmann-Stärke	1750.—
3½% Pos. Pfandbriefe	26.—	Ungarische Goldrente	977.50
Auszahlung Warschau	11.50		

= **Danziger Börse** vom 5. August. Polnische Mark 11,50 Dollar 760.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse. [8267

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —

Mehrere Käufer

suchen in der Wojewodschaft Poznań

Landwirtschaften

zwecks Kauf. Preisang. u. **8390** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Kaufe ein Gut

von 500 bis 1000 Morgen mit vollem Inventar in Polen.

Angebote mit Preis und Beschreibung unt. **M. B.** an die Geschäftsstelle des „Bojanowoer Anzeigers", **Bojanowo,** pow. Rawicz. [8303

Kauf- evtl. Tauschgesuch.

Gesucht wird eine **Landwirtschaft von 80 bis 100 Morgen,** wenn möglich, mit Wald und Wiese; guter Boden. Ansiedelung nicht ausgeschlossen. [8401

Ignatz Spiralski, Neukramzig, Kreis Bomst.

Mein in **Wolsztyn** gelegenes (8388

Bäckereigrundstück,

1908 erbaut, bin ich willens sofort zu verkaufen. Gefl. Off. an **Robert Trebbin, Bäckermeister, Wolsztyn, Bahnhofstraße 3.**

Großer Laden,

ca. 4 Meter Fenster, erste Lage Breslaus, Gartenstr., gegenüber Hauptbahnhof, ist abzutreten. Abstandssumme 250 Mill. Nur Selbstreflektanten erfahren näheres durch **B. C. 1785** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Billigste Bezugsquelle

für (8414

Herrenbekleidung u. Stoffe

B. Grzebinasch, POZNAŃ, Stary Rynek 46/47

Das **Tuch-Engros-Lager**

A. Fischer,

Alter Markt 80/82, I. Stock

empfiehlt grosse Auswahl moderner

Tuchstoffe (8415

für Herrenanzüge und Ulster.

Flausche, Affenhäute, Bostons Kammgarne, Damentuche

für Damenmäntel und Kostüme.

Gute Futterstoffe.

Verkauf auch in kleinen Mengen.

Der neue polnische

Post - Tarif

auf Karton und mit Oese versehen.

Preis Mark 20,—,

zu beziehen durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Zum Verkauf:

1 Benzinmotor, 8 PS., Körting, 2000 kg, **1 eis. Windmotorturm,** ca. 14 Meter hoch, **div. eiserne Fenster, 4 Wellblechschiebetüren, 2 Schleifsteintröge,** eiserne, für Hand- und Kraftantrieb, **1 Holztür mit Futter, 1 Glastür mit Gitter.** [8405

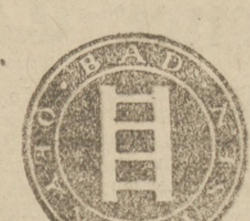
Philipp Hannach, Pumpenfabrik, Leszno.

Verkaufe, da keine Verwendung,

Deutsche Kurzhaar-Rüden,

Dunkelschimmel mit br. Kopf, im 2. Felde, Großmutter bekannte Senta-Altenau; steht bombenfest vor, flotter Apporteur, sicher zu Lande und Wasser, ohne jegliche Untugend, guter Begleiter, gegen Meistgebot. [8282

Ristow, Chełmno bei Pniewy.



Bad Oeynhausen

Bahnstrecke Cöln - Berlin und Hildesheim - Osnabrück. Sommer- und Winterkur. Kohlensäurereiche naturwarme Solquellen, Heilanzeigen bei Herz- und Nervenkrankheiten, Lähmungen aller Art, Ischias, Rheuma, Gicht sowie Frauenleiden. — Erholungskuren. — 40 Aerzte.

Besuchsziffern 1922: 24 180 Kurgäste, 356 468 Bäder. [5857

Offerieren zur sofortigen Lieferung

Kalkstickstoff

und bitten um baldige Bestellungen.

Poznański Bank Ziemian

Aktien-Gesellschaft.

Handels-Abteilung :-: Zentrale Poznań,

ulica Podgórna 10.

Telephon 1893, 1394, 3693, 3697.

Bestellungen nehmen auch unsere Filialen an:

Warszawa, Mazowiecka Nr. 1. Telephon 151-27, 507-70.
Grudziądz, ul. Józefa Wybickiego Nr. 25. Telephon 795, 895.
Ostrów, ulica Kaliska 1, Telephon 180.
Leszno, Rynek Nr. 13. Telephen 13. [387

Kattowitzer Zeitung

Oberschlesisches Handelsblatt

54. Jahrgang

Das maßgebende Organ in Fragen der

Politik u. Wirtschaft

Zuverlässige Berichterstattung

Führendes Blatt für

Handel und Industrie

Verbreitetste u. angesehenste Tageszeitung im polnischen Industriegebiet

Erfolgreichstes Insertionsorgan

Probenummer auf Wunsch unberechnet

[7956

Billigste Bezugsquelle

für Schrotmühlen, Schälereianlagen, Kühl- u. Gefrier-Anlagen, Brennereien, Exenterpressen, Wäschereien, Separatoren, Pumpen, Fässer, Kultivatoren, Mähmaschinen, Motorpflüge, Motor-Dreschmaschinen, Motoren, Steinbrecher, Lokomobilen, Benzin, Benzol-Rohöl und Elektromotoren, Torfmaschinen, Ziegelei-Maschinen, Hauswirtschaftl. Geräte, Werkzeugmaschinen für Holz- u. Metallbearbeitung, Kugellager, Kreis- u. Bandsägen und Kleingerät

Sofort lieferbar mit äussersten Preisen für In- und Ausland nur bei [8416

Paul Weinhold

Berlin O. 27,

Andreas-Strasse 53.

Aus meiner durch die **Wielkop. Izba Rolnicza** anerkannten

Yorkshire-Schweinezucht

habe ich ständig

Läufersauen und Läufereber sowie Absatzferkel

abzugeben. Besichtigung kann jederzeit erfolgen. Bestellungen erbeten an [8053

von Becker, Grudzielec, p. Bronów, pow. Pleszew.

Poln. Briefmarken

kauft zu höchsten Preisen **Albr. Kohler, Stuttgart, Metzstr. 26.**

Mein gut gelegenes

Geschäftshaus

mit Buch- u. Papierhandlung, auch zu jedem anderen Geschäft geeignet, an zahlungsfähigen Käufer sofort **zu verkaufen.** Am Orte Lehrerseminar, Gymnasium und viele Schulen.

Otto Kleist, Rawicz, Plac Wolności 542. (8318

Sommersprossen, Sonnenbrand, gelbe Flecke, beseitigt unter Garantie

Axela-Crème

¼ Dose 600 M., 1/1 Dose 1200 M. **Axela-Seife,** 1 Stck. 250 M. **J. Gadebusch, Poznan,** Nowa 7

Stellenangebote

Suche zum 1. Oktober, evtl. später, **einen** unverh., perfekten, alleinigen

Diener,

welcher schon in großen Landhaushalten in Stellung war. Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsanspr. sind zu senden an **von Hardt, Wąsowo,** pow. Nowy Tomyśl. 8412]

Majorat **Latkowo** b. Inowrocław sucht zum 15. Aug.

1 Sekretärin,

welche ausschließlich die Buchführung und den Speicher zu übernehmen hat.

Mädchen, das **kochen** kann f. bess. **Haushalt** in **Frankfurt a. Oder** von **sofort** oder 1. 9. **gesucht.** Lohn gut, Arbeit nicht schwer. Reisegeld w. vergütet. Meldg. bei **Freytag, Lussowo,** Kreis Posen-West. [8398

Nach **Deutschland** sucht: Vorarbeiter mit 13 Leuten, Schäfer, Deputatfamilien mit Hofegänger, Vögte, Kuhfütterer Stellmacher, Diener u. sämtliches Dienstpersonal [8406

Paul Schneider,
Stellenvermittler,
Poznań, św. Marcin 48.

Dampfpflug

gebaut 1912, sofort billig **zu verkaufen.** — Offerten unt. **8411** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Allein durch **Homöopathie** wirst Du **gesund** wie noch nie. Homöopathische Zentral-Beratungsstelle Leipzig-Gautzsch, Weberstr. 15. [2776

Solide, geb., junge Dame,

28 Jahre alt, in guten Verhältnissen, musikal., vermögend und guter Aussteuer, **sucht,** auf diesem nicht mehr ungewohnten Wege, **mit gebildetem Herrn in Briefwechsel zu Heirat.** Gefl. Zu**treten** zwecks späterer Zuschrift unter **8282** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von **25 Mark** als Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die, der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Posen nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er will dadurch mit dazu beitragen, daß den hier bleibenden Gliedern der deutschen Minderheit das Sicheinleben in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Posen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Posen für sie verbunden ist.

Gesucht zum 1. 10. 22 zuverlässiger, unverheirateter

erster Beamter.

Zuschriften und Zeugnisse erbittet

Caesar, Murkwitz, Post **Morownica,** Kreis Śmigiel.

Möglichst **zum 1. Oktober d. Js.** wird weg. Verheirat. des jetzigen, **ein unverh.** [8272

tüchtiger Feldbeamter gesucht.

Hoppe, Administrator, Herrschaft Grocholin b. Kcynia.

Gesucht zum 1. September

eine intell. Dame

mittl. Alters **zur selbständigen Führung eines landwirtschaftlichen Gutshaushaltes.** Gründliche Erfahrung i. allen Zweigen des landwirtschaftlichen Hauswesens Bedingung, ebenso Kenntnis der polnischen Sprache. Gehalt nach Uebereinkunft. Nur gutempfohlene Damen mit langjährigen Zeugnissen wollen sich mit Beilegung ihrer Photographie schriftlich wenden an [8343

die Gutsverwaltung des Dom. Kaniewo, Post Włocławek—Boniewo (Kongreßpolen).

Suche zum 15. August oder später **selbständige, nicht zu junge** (8353

Wirtin

für einen sehr großen Landhaushalt, absolut firm in ihrem Fach. Reichliches Hilfspersonal vorhanden. Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüche sind einzusenden an

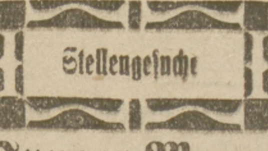
Frau Ilse Büttner, Rittergut Schönsee (Jeziórki-Kosztowskie), Post Nieżychowo, Kr. Wyrzysk.

Suche zum 15. August, auch früher oder später [8402

jüng., ordentl. Fräulein

für Hilfe im Haushalt und etwas Molkereiarbeit. Selbige kann sich auch in der Küche gut ausbilden. Stellung ist gut und dauernd. Familienanschluß. Offerten mit Gehaltsansprüchen bei freier Station bitte rechtzeitig einzusenden an

Molkereibesitzer **Otto Manthey, Kotusch, Kr. Śmigiel.**



Junger Mann,

evgl., 24 J. alt, mit guter Schulbildung, sicherer Rechner, der poln. Sprache mächt., mehrere Jahre hindurch in einem größeren Betriebe tätig gewesen, gute Kenntnisse aller landwirtschaftlichen und industr. Maschinen, sucht vom 1. 9. 22 od. später Stellung in einem größeren Betriebe oder auf einem Gut als

Rechnungsführer

oder ähnl. Posten im Büro oder Geschäft. Ang. m. Gehaltsang. u. **8391** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Forstmann,

Pole, 37 J. alt, des Deutschen in Wort und Schrift mächtig, gewandt, passioniert. u. waidgerechter Jäger, verwaltet zur Zeit noch ungekündigt ein größ. Revier, **sucht** zum 1. 10. oder später aus gewissen Gründen, am liebsten unter deutscher Herrschaft **Stellung.** Gefl. Offerten u. **„Waidmannsheil 8329"** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Sem. gebild., dtsch., ev.

Lehrer,

beide Prüfungen bestand., **sucht** bald Stelle an Privatschule. — Gefl. Angebote unt. **8417** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.